

Die Freiheit erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Feiertagen nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Postbestellung ins Haus für sechs Monate 10,- M. im voraus zahlbar. Für den Bezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Umständen bezogen für Preussisch-Land und Ostpreußen 12,- M., für das übrige Ausland 14,50 M. jährlich. Belgien u. Holland, per Post für Deutschland und Österreich 16,- M. Mark-Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 80b.

Die wichtigste Konkurrenzzeitschrift über den Bauwesen, die „Architektur“ (Technische Zeitschrift), kleine Ausgabe: Das festschreibende Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Transportgebühren. Paulsen'sche Zeitschrift laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gebühren 2,50 M., wenn zur Stelle. Stellen-Gebühren in Morgen-Ausgabe: Das festschreibende Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Zentrum 15230-15239

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Sozialistische Wiedergutmachung

Gemeinsame Erklärungen der Delegierten der Internationalen Sozialistischen Arbeitsgemeinschaft

Die unterzeichneten Delegierten der folgenden Parteien: Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Unabhängige Arbeiter-Partei Englands, Sozialistische Partei Frankreichs (Französische Sektion der Arbeiter-Internationale) sind in Amsterdam am 1., 2., 3. und 4. April 1921 zusammengetreten zur Durchführung des Auftrages, der ihnen am 5. März d. J. erteilt wurde, Untersuchungen anzustellen betreffs der praktischen Lösungen des Wiedergutmachungsproblems.

Die Konferenz stellt zunächst fest, daß die Arbeiterorganisationen Deutschlands die Notwendigkeit der Wiedergutmachung anerkannt haben und daß sie beabsichtigen, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln tatkräftig dabei mitzuwirken.

Andererseits erkennen die französischen und englischen Organisationen an, daß die Verwirklichung der Wiedergutmachungen und des gesamten Wiederaufbaues die Leistungsfähigkeit Deutschlands übersteigt und daß eine Betätigung der internationalen Solidarität mehr und mehr unentbehrlich wird zur Wiederherstellung des ökonomischen Gleichgewichts.

Gleichzeitig hebt die Konferenz hervor, daß die Kapitalisten, beeinflusst durch ihre Profitgier und ihr Bestreben, das Ausbeutungssystem aufrecht zu erhalten, dahin gekommen sind, die Wiedergutmachungen, sowohl was deren Schnelligkeit wie deren Durchführung selbst anbelangt, ihren besonderen Interessen unterzuordnen.

Die endgültige und vollkommene Lösung des Problems bedingt die Abschaffung des Kapitalismus und die Verwirklichung des Sozialismus.

Dieses Ziel muß deshalb die Arbeiterklasse mit jähher Kraft erkämpfen. Sie hat scharf zu betonen, daß die Verträge und die zu deren Durchführung durch die Regierung verfolgte Politik eine Wirtschaftslage geschaffen haben, die einer Katastrophe zureicht. In Stelle der Verständigung und Zusammenarbeit zur Auslöschung der Kriegszerstörungen und zur Wiederherstellung des Wirtschaftslebens sind die Regierungen den umgekehrten Weg gegangen, die einen, indem sie eine Atmosphäre des Mißtrauens geschaffen haben, die die Zusammenarbeit erschwert, die anderen, indem sie zum Mißbrauch gefährlicher militärischer und ökonomischer Zwangsmahnahmen geiffen haben.

Schwere Krisen erschüttern die Welt. Sie lähmen den Produktionsprozeß nicht nur in den besiegten Staaten, sondern auch in denen der Sieger und der Neutralen. Die Verteilung der wesentlichen Urprodukte, der Rohstoffe, vollzieht sich völlig regellos. Die Schwierigkeiten werden noch erschwert durch die Valutaschwankungen, durch die Preissteigerung, durch die Verzögerung des Wiederaufbaues. Unter dieser fürchterlichen Krise leidet am schwersten die Arbeiterklasse, insbesondere durch die stetig wachsende Arbeitslosigkeit und die Verteuerung der Lebensmittel, von der natürlich am meisten die ärmeren Klassen betroffen werden.

Die Konferenz erklärt, daß der ökonomische Frieden, die Grundlage des Friedens überhaupt, abhängt von der Revision des Vertrages von Versailles

und der anderen Verträge in allen den Punkten, wo sie international und politisch Recht und Billigkeit verweigert oder in ihren Forderungen die Möglichkeit der Wiedergutmachung überhört haben.

Aber die Konferenz hält es für nicht minder unentbehrlich, zu untersuchen, was für sofortige Lösungen die Arbeiterklasse den Vorschlägen der Regierungen entgegenstellen muß, um die Wirtschaftskrisis zu mildern und den Leiden der Völker ein Ende zu machen.

Die Konferenz hat den Vorschlag erwogen, den am 25. März die französische Sektion gemacht hat auf Grund der am 19. März erfolgten Aufforderung durch das Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Angesichts der auf Grund dieser Untersuchungen vorgenommenen endgültigen Durchführung seiner Aufgabe ist die Konferenz erfreut, feststellen zu können, daß die Richtlinien für die Aktionen und die vorgeschlagenen Maßregeln durchweg von den nämlichen allgemeinen Grundgedanken inspiriert sind, von denen sich auch der Allgemeine Internationale Gewerkschaftsbund bei seinen Vorschlägen hat leiten lassen.

Im Sinne dieser sozialistischen und gewerkschaftlichen Übereinstimmung empfehlen die auf der Konferenz vertretenen Parteien allen ihren Mitgliedern, der Wichtigkeit den von ihnen ausgearbeiteten Entwurfs zu unterbreiten. Sie erwarten auch von ihren parlamentarischen Vertretern, daß sie diese Vorschläge in der Form von Interpellationen oder Gesetzesvorschlägen in den Parlamenten zur Behandlung bringen. Sie verpflichten sich auch, für diese Projekte die notwendige Propaganda zu entfalten, um die Regierungen zur Berücksichtigung des Willens der Arbeiterklasse zu nötigen.

So wird angesichts der Ohnmacht der kapitalistischen Regierungen, die unfähig sind, aus dem von dem Kriege geschaffenen Chaos

einen Ausweg zu finden, die solidarisch verbundene Arbeiterklasse der verwirrten Welt die praktischen Lösungen zeigen, die durch die Gerechtigkeit geboten werden, und wird für sie alle Kräfte in Bewegung setzen, die die Arbeiterklasse aufbringen kann.

Plan zur Wiedergutmachung

1. Es kann nicht die Frage sein, das Wiedergutmachungsproblem zu lösen durch mehr oder weniger willkürliche Aufrechnungen von Milliarden und durch rein finanzielle und gleichzeitig demagogische Mittel, die verhängnisvoll zu endlosen Disfussionen und schließlich zu Konflikten führen müssen.

Der Grundirrtum der Entente-Regierungen

war es, die Lösung auf die Weise gesucht zu haben, daß sie strikte finanzielle Verpflichtungen Deutschland auferlegten, daß sie innerhalb des beständigen Wechsels der weltwirtschaftlichen Verhältnisse die Wiedergutmachungen von vornherein festlegen wollten auf willkürliche Bedingungen und auf Schätzungen ohne genügende Grundlage, daß sie endlich durch diese einseitig festgesetzten Verpflichtungen, durch die das gesamte Leben lähmenden militärischen Besetzungen und durch wirtschaftliche Zwangsmahregeln Deutschland nötigen wollten, lange Jahre hindurch bedrückende Zahlungen zu leisten, ohne ihm die wirtschaftliche und finanzielle Wiederherstellung zu ermöglichen, die zur Erfüllung dieser Verpflichtungen notwendig wäre.

Der Fehler der deutschen Regierung

ist es, daß sie niemals ein bestimmtes Programm für die Wiedergutmachung vorgelegt hat, welche Unterlassung in Verbindung damit, daß gewisse Verpflichtungen von ihr nicht rechtzeitig durchgeführt wurden, eine bedrohliche Atmosphäre des Mißtrauens geschaffen hat, die das Werk des allgemeinen Friedens und der Wiederherstellung erschwert.

2. Es ist notwendig, daß die Lösung auf ganz bestimmten Grundlagen aufgebaut wird. Sie muß den schleunigsten Wiederaufbau der verwüsteten Gegenden bezwecken. Sie muß ein internationales Hilfsmittel werden zur Wiederherstellung des wirtschaftlichen Lebens und zur Zusammenarbeit der Völker.

a) Die erste Bedingung ist die Vermeidung von Disfussionen über Berechnungen oder Schätzungen, die ihres hypothetischen Charakters wegen weder die Exaktheit der Entschädigungssummen verbürgen, noch die Zahlungsfähigkeit derjenigen genügend in Rechnung stellen können, denen die Verpflichtung zum Wiederaufbau auferlegt wird.

b) Es ist notwendig, daß das Reparationswerk schnell durchgeführt wird, damit Europa und die gesamte Welt nicht durch beständige Kriegsdrohungen gelähmt wird. Die offene Wunde in der Fronte Frankreichs muß geschlossen werden, damit sie nicht ständig neue Konflikte und neuen Völkerhaß erzeugt.

c) Es ist notwendig, mit der Politik der Vereinzelung zu brechen, die aus der Bildung rivalisierender Staatengruppen emporküßt; es ist notwendig, den kapitalistischen Wettbewerbs zu beseitigen, der das Wiedergutmachungswerk erschwert; es ist notwendig, allen Nationen zur Wiederaufnahme des normalen Lebens behilflich zu sein, was Deutschland durch Heilung seiner Finanzlage die notwendigen Wiedergutmachungen ermöglichen wird.

d) Alles das ist auch erforderlich, um möglichst rasch zu einem richtigen Ausdruck der Warenpreise zu kommen, ohne den eine befriedigende Lösung nicht möglich ist.

e) Die wirtschaftliche Kooperation allein wird auch die Besserung der Valuta herbeiführen, deren tatsächlicher Stand in Deutschland, in Österreich und sogar in Frankreich die arbeitenden Klassen schädigt, während er andererseits die kapitalistische Ausbeutung nicht erschwert, sondern sie im Gegenteil noch begünstigt.

3. Es sind die deutschen Kapitalisten, die die Wiedergutmachungen aufbringen müssen, nicht aber die Arbeiterklasse, wie das durch das System der indirekten Steuern die Sachverständigen der Entente in Brüssel ins Auge gefaßt hatten.

Organisation

Diese Grundsätze, diese Richtlinien finden Anwendung in dem folgenden Gesamtplan, der die allgemeine Idee, die wir soeben dargelegt haben, verwirklicht, ein Plan, den die Arbeiterklasse der in Verwirrung geratenen Welt unterbreitet.

A. Internationales Wiedergutmachungsamt

Die Konferenz schlägt vor, daß die Regierungen der Entente mit der Deutschlands zusammen und mit der Unterstützung und der Mitarbeit der Arbeiterorganisationen aller interessierten Länder die Schaffung eines Internationalen Wiedergutmachungsamtes beschließen, das zusammengesetzt ist aus Vertretern der Arbeiterorganisationen, der Techniker und den amtlichen Vertretern jeder interessierten Nation. Dieses Amt würde zur Aufgabe

haben: Das Studium, die technische Organisation, die allgemeine und die finanzielle Verwaltung des Wiederaufbaues der durch den Krieg verwüsteten Gegenden.

Geteilt in verschiedene Sektionen (Technik, Arbeitsleistung, Materialien, Finanzen) würde es gewissermaßen der Verwaltungsrat dieses internationalen Unternehmens sein.

Es würde die kapitalistischen Vorarbeiten zu machen haben für die Bedürfnisse der verwüsteten Gegenden, was die Materialien, was die Arbeitsleistung, was die Finanzierung anbetrifft.

Es würde eine statistische Aufnahme der disponiblen Urprodukte und Industrieprodukte zunächst in Deutschland und in Frankreich, dann in den anderen Ländern vorzunehmen haben; es würde Normalsätze anzuordnen haben für Waren, für Löhne und für die Verzinsung der Anleihen.

Es würde endlich die zweckentsprechende Verteilung der vorhandenen Produkte in der Weise anzuordnen haben, daß ein Ausgleich zwischen der Produktion und den Bedürfnissen der Länder bewirkt wird und daß auf solche Weise die Störungen der Produktion vermieden werden, ohne daß der normale Außenhandel gelähmt wird, der einem jeden Lande zur Wiederherstellung seines finanziellen und ökonomischen Gleichgewichts notwendig ist.

Es würde endlich auf dem Weltmarkt die notwendigen Anleihen für das methodische Werk des Wiederaufbaues emittieren.

B. Wiederaufbauarbeit

In ständiger Verbindung mit diesem internationalen Wiederaufbauamt sollte Frankreich ein eigenes „nationales Wiederaufbauamt“ errichten, das zusammengesetzt wäre aus Vertretern der Geschädigten, der Techniker und der Arbeiter sowie aus Vertretern des Staates. Dieses Amt sollte konstruiert werden nach den Vorschlägen des Wirtschaftsrats der französischen Gewerkschaften (französischer Gewerkschaftsbund). Dieses Amt würde die Erfordernisse an Arbeitsleistung und an Materialien für bestimmte Aufbaubestimmungen feststellen lassen.

Es würde ein Verzeichnis der lokalen Hilfsmittel aufzunehmen haben, die an Ort und Stelle verwendet werden könnten.

Es würde eine Reihenfolge der vorzunehmenden Arbeiten gemäß ihrer Dringlichkeit nach den Aufbaubestimmungen, nach den Departements und nach den Gemeinden vorzunehmen haben.

Es würde endlich den Wiederaufbau organisieren und überwachen in Übereinstimmung mit den Gemeinverwaltungen und den Kooperativgesellschaften der Geschädigten.

Es würde diese keine Dokumente dem Internationalen Wiedergutmachungsamt unterbreiten, welches in Übereinstimmung mit Deutschland und den anderen Ländern die festgestellten Bedürfnisse durch Materialien und Arbeitsleistung befriedigen würde.

Deutschland sollte mit seinen Arbeitern und Materialien in den noch näher zu bestimmenden Abchnitten die Wiederherstellung von Straßen, Kanälen, Dörfern übernehmen, auf Grund der Pläne, die in Übereinstimmung mit den Gemeinverwaltungen der verwüsteten Gegenden und mit den französischen Technikern und Arbeitern entworfen sind. Die Konferenz würde in diesem Fall der französischen und der deutschen Regierung vorschlagen, daß die herangezogenen deutschen Arbeiter in selbstverwaltenden Aufbaugesellschaften organisiert würden unter Berücksichtigung der Richtlinien, die die Bauarbeiterverbände als maßgebend für die Arbeitsbedingungen festgelegt haben. Sie verlangt auch, daß was die Arbeiter der Privatunternehmer anbetrifft, das Wiederaufbauamt alle Maßregeln trifft, um jeden Mißwahrgewinn zu verhindern.

Finanzen

Für diese Wiederaufbauarbeit würde gemäß den ermittelten Bedürfnissen das Internationale Wiederaufbauamt auf dem Weltmarkt Anleihen emittieren, die in erster Reihe durch die Garantie der interessierten Staaten, dann auch durch die Garantie der dem Völkerbund angehörigen Staaten gedeckt würden. Die deutsche Regierung würde sich zur Zahlung der Zinsen verpflichten.

Diese Anleihen würden auf ein wenig beträchtliches Maß reduziert werden können, wenn Deutschland zum großen Teil mit seinen eigenen Mitteln die Finanzierung des von ihm in natura ausgeführten Wiederaufbaues übernehmen würde. Aber im Interesse seiner Volkswirtschaft, und gerade weil seine Bemühungen um den Wiederaufbau der verwüsteten Länder offensichtlich seine Ausfuhrmöglichkeit verringern und es der ausländischen Devisen berauben würde, deren es für seine Einfuhr bedarf, könnte es von diesen internationalen Anleihen einen Teil verweigern überlassen erhalten, um damit seine Volkswirtschaft zu heben, und seine Valuta und seine Finanzlage überhaupt zu bessern.

Die Konferenz gibt der Meinung Ausdruck, daß eine finanzielle Verständigung stattfinden könnte, um den von den großen Emmissionsbanken der verschiedenen Staaten ausgegebenen Banknoten ihrem eingelebten Wert entsprechend Zwangslauf zu geben, oder um die im Umlauf befindlichen Banknoten durch eine von

den verschiedenen Staaten gemeinsam ausgegebene Banknote zu erzeugen.

Vom Betrag der Anleihen müßte während einer gewissen Zeitperiode, die je nach der Höhe dieser Anleihen und des Wiederaufbaues zu bemessen ist, jährlich eine bestimmte Summe verwendet werden, um die für den Wiederaufbau sowohl in Belgien wie in Frankreich bereits ausgegebenen Summen zu amortisieren, oder um für die Zahlung der Wiedergutmachung aufzukommen, die nur in Bargeld ausgeführt werden können. (Bezahlung der Requisitionen usw.)

Zinszahlung

Die Zahlung der jährlichen Zinsen, die gering wären, wenn Deutschland selbst keine Lieferungen für den Wiederaufbau finanzieren würde, die dagegen etwas höher ausfallen würden, wenn es an den Anleihen teilnehmen würde, zur Bedienung seines Wirtschaftsliebens, werden dem deutschen Staat zur Last geschrieben.

Sie würden vor allem bezahlt und amortisiert werden durch die den Kapitalisten gehörenden mobilen Werte, die sich infolge der Kapitalflucht bei neutralen Banken befinden; dann durch die Einkünfte, die sich aus der Liquidation des deutschen Eigentums ergeben, das sich zur Zeit beim amerikanischen Schatzamt im Depot befindet; dann durch die Erhebung eines bestimmten Prozentsatzes von den Dividenden der industriellen sowie der Bergwerks-, Bank-, Handelsgesellschaften usw., Beteiligungen, die durch den deutschen Staat effektuiert und der Kasse des Internationalen Wiederaufbaubesamtes zugeführt würden. Das internationale Amt würde in Uebereinkunft mit den Arbeiterorganisationen diese dem Kapitalismus auferlegten Abgaben überwälzen.

Um die Zahlung der Jahreszinsen und die Erhebung der Abgaben von den kapitalistischen Unternehmungen sowie die Hebung des Wirtschaftslebens zu erleichtern, müßten schließlich wirtschaftliche Abmachungen getroffen werden zur besseren Ausnutzung der Hilfsquellen der Länder (Eisen, Kohle, Transporte usw.). Auch diese Vorkehrungen zu treffen, ist Sache des Internationalen Wiederaufbaubesamtes. Die Gewinne daraus wären zur Amortisierung der Anleihen zu verwenden.

Außerdem müßten internationale Abmachungen unverzüglich getroffen werden, um eine gemeinsame Regelung des Verkehrs in mobilen Werten einzurichten und so die Kapitalisten zu erfassen, die vermittels der Verschlebung solcher Wertpapiere sich den Steuerlasten ihres Landes entziehen.

Pensionen

Was die Frage der Pensionen für die Verletzten, die Witwen, die Waisen anbetrifft, die gleichermaßen untersucht werden muß, so ist die Konferenz der Ansicht, daß eine Lösung zu suchen ist, die gleichzeitig die Deutschland durch den Friedensvertrag auferlegten Verpflichtungen und seine Zahlungsfähigkeit in Betracht zieht, unter Berücksichtigung einer Internationalisierung mit der Bereitstellung internationaler Hilfsmittel, wobei die Grundsätze der Gerechtigkeit und der besonderen Pflichten einer jeden Nation ebenso in Betracht zu ziehen sind, wie ihre Kriegsschäden und ihre Einkünfte. Die Konferenz, indem sie die Wichtigkeit des Problems betont, erklärt, daß die von ihr vertretenen sozialistischen Parteien sich bemühen werden, eine detaillierte Lösung dieser Frage gemeinsam vorzubereiten.

Vorteile des Projekts

Würden die Regierungen eine Uebereinkunft auf dieser Grundlage treffen, so würden sofort die Neubestellungen von deutschen Gebietsteilen, die gefährlichen ökonomischen Zwangsmaßnahmen und damit die Konfliktsbedrohungen ein Ende haben.

Mit Hilfe einer alleseitig garantierten internationalen Anleihe würde die Balance sich heben in Deutschland wie in Frankreich, und die ausländischen Devisen würden die Steigerung der Volkswirtschaft erleichtern dank der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und der Wiederherstellung der Produktionsmittel. Die Streitigkeiten wegen der willkürlichen Berechnung der Milliardenbeträge würden verschwinden.

Die Entschädigungen würden keine aufsteigenden Spekulationen wegen übertriebener Zahlungsforderungen hervorrufen.

Die Jahreszahlungen in Waren oder in Gold würden niedrig sein infolge der methodischen Arbeit und den von der deutschen Nation bereitgestellten Arbeitsleistungen.

Die Jahreszahlungen würden sich nur wenig steigern infolge des französischen Wiederaufbaus sowie infolge der Besserung der finanziellen und wirtschaftlichen Lage Deutschlands, dank der ihm zukommenden Ueberweisungen aus den internationalen Anleihen.

Jede Nation würde teilnehmen an dem Wiederaufbau, die Industrie jedes Landes würde ein Mittel finden, sich aus der gegenwärtigen Wirtschaftskrisis emporzuarbeiten und der allgemeinen Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken.

Das Wirtschaftslieben in der Welt würde gesunden und die internationalen Beziehungen wiederhergestellt werden.

Dank der gemeinsamen Arbeit der deutschen und der französischen Arbeiter an dem Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten Gegenden würde die Ausöhnung der Völker beschleunigt werden.

Somit fänden die Regierungen nicht einmal mehr einen heuchlerischen Vorwand für die Aufrechterhaltung der Rüstungen, die Quelle der Vergewaltigungen, deren Betrag größer ist als die Summen, die jedes Jahr zur Wiedergutmachung erforderlich sind. Die Völker würden gleichzeitig

die Entwaffnung zu Lande und zur See

erzwingen, die das einzige Mittel ist, um die Wiederholung der Verbrechen und der wahnsinnigen Güterzerstörungen zu verhüten.

Schließlich würde die in jedem Lande organisierte Arbeiterklasse genau erkennen, worauf es hauptsächlich ankommt, um im Kampf gegen den Kapitalismus und die Regierung des eigenen Landes die Durchführung dieses gemeinsamen Programms zu erzwingen.

Aktionsmittel

Die Konferenz empfiehlt den vertretenen Parteien, sich mit den gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen in Verbindung zu setzen, das Projekt den Geschädigten zu unterbreiten, und es möglichst in der nächsten Woche in den heimischen Parlamenten vorzubringen, sowie einen Aufruf an alle sozialistischen Organisationen der interessierten Länder zu richten zugunsten einer gemeinsamen Aktion für das Werk des Wiederaufbaus.

Die unterzeichneten Delegierten haben einmütig diesen Entwurf angenommen, der zur erdächtigen Billigung von den ihnen vertretenen Parteien vorgelegt werden wird.

Für die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands: Dikmann, Ledebour.

Für die Unabhängige Arbeiter-Partei Englands: Arles, Kirkwood, Wallhead.

Für die Sozialistische Partei Frankreichs (Franz. Sektion der Arbeiter-Internationale):

Auriol, Evrard, Grumbach, Longuet, Pressmane, Renaudel.

Der Kampf in England

Militärische Vorbereitungen

M. London, 8. April.

Die „Times“ berichten, daß die gesamte Londoner Garnison mobil gemacht wurde. Aus der Provinz sind Artillerie, Kavallerie und Maschinengewehrabteilungen in beträchtlicher Stärke nach dem nördlichen England und nach Schottland abgerückt. Dort sind schwere Unruhen ausgebrochen. Ueber die Streikgebiete hat die Regierung den verschärfsten Besatzungszustand verhängt und das Standrecht verhängt. Infolge der schweren inneren Krise hat die Regierung weiter beschlossen, alle verfügbaren Truppenteile aus dem Ausland zu ziehen. Die englischen Truppen haben bereits begonnen, Ober-Schlesien zu verlassen. Im nördlichen England hat die Streikbewegung zweifellos revolutionäre Formen angenommen. Zwischen dem Militär und den Streikenden sind heftige Kämpfe im Gange. Die Regierung ist entschlossen, eine großzügige militärische Aktion gegen die Revolutionäre einzuleiten, wie denn überhaupt zum ersten Mal seit Menschengedenken von einer englischen Regierung so ausgedehnte militärische Vorbereitungen bei einem industriellen Konflikt getroffen worden sind.

London, 8. April.

Unterhaus. Lloyd George teilte mit, daß er an Freiwilige appelliere zur Bedienung der wichtigen Verkehrsmitel und zur Einziehung als Spezialkonstabler für die Schaffung einer besonderen Notstandspolizei. Auch sei es nötig, Reservisten von Meer und Flotte zu den Fahnen einzuberufen.

Die Haltung der Transportarbeiter

Basel, 8. April.

Der Führer der englischen Eisenbahner, Thomas, gab am Donnerstag folgende Erklärung ab:

Die Delegiertenkonferenz des Eisenbahnverbandes hat einstimmig festgestellt, daß die den Bergarbeitern gemachten Anerbietungen derart sind, um ihre Ablehnung durch die Bergarbeiter berechtigt erscheinen zu lassen. Die Eisenbahner sind der Meinung, daß die Annahme solcher Bedingungen für die Bergarbeiter in allen Betrieben eine allgemeine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen nach sich ziehen würde. Die Eisenbahner und Transportarbeiter werden am Freitag eine Konferenz abhalten, um gemeinsame Maßnahmen zur Unterstützung der Bergarbeiter vorzubereiten.

London, 8. April. (Kontex.)

Eine gemeinsame Versammlung der Exekutivkommission der Eisenbahner und der Transportarbeiter hat bekannt gegeben, daß der volle Streik des Dreieckes am Dienstag um Mitternacht beginnen soll, wenn nicht die Verhandlungen zwischen den Bergarbeitern und den Bergwerksbesitzern wieder aufgenommen werden.

Neue Verhandlungen?

M. London, 8. April.

Es ist eine geringe Besserung der Lage zu verzeichnen. Lloyd George hat neue Verhandlungen zwischen den Bergarbeitern und den Grubenbesitzern vorgeschlagen, die am heutigen Freitag stattfinden sollen. Zur Erörterung wird vor allem die Frage kommen, ob die Regierung noch für eine bestimmte Zeit die Kontrolle über die Kohlengruben behalten solle. Dieser von Henderson angelegte Vorschlag ist bereits den Unternehmern mitgeteilt worden. Die Arbeiterführer haben sich zu Verhandlungen bereit erklärt, verlangten aber die Zustimmung, daß man ihnen keinerlei Bedingungen stelle. Die Bedienung der Pumpen erfolgt also während der Konferenz nicht. Die Arbeit darf nur zu den alten oder aber erhöhten Löhnen wieder aufgenommen werden. Die Forderungen der Arbeiter bewegen sich in folgender Richtung: Allgemeine nationale Lohnregelung, keine Disziplinarstrafe, Einrichtung einer gemeinsamen Landesklasse zur Einziehung der Gewinne in der Kohlenindustrie.

Wenn der Vermittlungsversuch der Regierung wieder scheitern sollte, so tritt der Dreierband unwiderruflich Sonntag nacht in den Streik. Am heutigen Freitag berieten die Transportarbeiter und die Eisenbahner die Streikfrage.

Hodge hat Lloyd George nach eine andere Lösung vorgeschlagen, und zwar die Gewährung einer Regierungsanleihe. Er glaubte, daß die Arbeiter sich nach diesem Vorschlag bereit finden würden, während der weiteren Verhandlungen die Pumpen bedienen zu lassen.

Die Transportarbeiter beschlossen in ihrer heutigen Sitzung, eine rege Pressenkampagne zu unternehmen, um die Öffentlichkeit über die Beschlüsse des Dreierverbandes zu unterrichten und gleichzeitig auf einen etwaigen Massenstreik vorzubereiten.

Lebensmittelbeschaffung durch Flugzeuge

M. London, 8. April.

Der Minister für Flugwesen gibt bekannt, daß im Falle eines Eisenbahnstreiks die Luftschiffe und Flugzeuge für den Transport von Lebensmitteln verwendet würden.

Neue französische Zwangsmaßnahmen

M. Paris, 8. April.

„Leit Parisien“ meldet, daß die Regierung Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland vorbereitet, die in Kraft treten sollen, wenn Deutschland am 1. Mai nicht die fälligen 20 Milliarden Goldmark bezahlt habe. Die theoretischen Vorbereitungen für die militärischen Aktionen seien beendet. Die wichtigste Maßnahme wäre die Besetzung des Ruhrreviers. Es sei aber wahrscheinlich, daß die Alliierten Mittel und Wege finden würden, um sich durch besondere Steuern oder Requisitionen bezahlt zu machen, in der Erwartung, daß Deutschland unter diesem Druck sich zur Zahlung bequemen werde.

Die französischen Bauarbeiter und den Wiederaufbau

Paris, 7. April.

Im „Ceupic“ wendet sich der Sekretär der Bauarbeitergewerkschaft „Chaouin“ gegen die Behauptungen des Ministers Loucheur über die übertriebenen deutschen Forderungen hinsichtlich der Unterbringung und rechtlichen Stellung deutscher Arbeiter in den verwüsteten Gebieten. 1919, als die Gewerkschaften die Friedensbedingungen tennengelernt hätten, seien sie über die Absichten der Diplomaten in Aufregung versetzt worden, die den französischen Norden mit fremden Arbeitern hätten wiederaufbauen wollen; denn damals habe in der französischen Industrie, besonders aber gerade im Norden, starke Arbeitslosigkeit geherrscht. Demals hätten die Gewerkschaften sich gegen diese Absichten gewandt. Man habe nicht nur die deutschen Arbeiter in einen Gegensatz zu den französischen bringen, sondern den Unternehmern Truppen von Woiwoden — halb freie Arbeiter, halb Gefangene — verschaffen wollen.

Auf den Vorschlag des Ministers für Wiederaufbau seien damals die französischen Gewerkschaftsvertreter zwei mal in Versailles mit den deutschen Arbeiterdelegierten zusammengekommen. Ein Vertreter des Ministeriums, der deutsch gesprochen habe, habe den Unterhandlungen beigewohnt. Demals wie heute hätten die französischen Gewerkschaften verlangt, daß die Deutschen ein wenig besser als die französischen Arbeiter untergebracht und ernährt werden sollten, denn für die Besserstellung der letzteren kämpften die Gewerkschaften ja seit langem schon. Die Deutschen sollten in Baracken wohnen, aus denen die einfache Hygiene nicht verbannt sein sollte. Die französischen Gewerkschaftler hätten niemals Eberäume verlangt, wohl aber Wohn- und Wasserlokalitäten sowie Räumlichkeiten zum Schreiben, Lesen und für Forträge. Was die Angliederung der deutschen Arbeiter an die französische Gewerkschaftsorganisation anlangt, so bestimme das Gesetz von 1884 ausdrücklich, daß Fremde, gleichviel welcher Nationalität, den französischen Berufsverbänden beitreten können.

Eine Note Tschitscherins an die englische Regierung

M. London, 8. April.

Lloyd George erhielt ein Telegramm Tschitscherins, in dem dieser den Empfang des von Horne an Krassin gelegentlich der Unterzeichnung des russisch-englischen Abkommens gegebenen Briefes bestätigt und versichert, die Kominternregierung habe die feste Absicht, alle in dem Vertrage übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen. Die englischen Beschwerden über eine antibritische Propaganda in Moskau würden geprüft, und das Ergebnis der Prüfung werde der englischen Regierung mitgeteilt werden.

Ein Eisenbrand bei Tokio. „Eastern Service“ meldet vom Mittwoch: Ein großer Brand hat östlich von Tokio gewütet. Das Feuer bedrohte den größten Teil der Stadt in erster Reihe. Verbrannt wurden 1800 Häuser. Der Schaden wird auf drei Millionen Yen geschätzt. Auch verschiedene Menschenleben sind zu beklagen.

Die Blutarbeit der Sondergerichte

Halle a. S., 8. April.

Vor dem außerordentlichen Gericht wurde heute die Anklage wegen Verbrechen an Eisenbahnmaterialien bei Ammenbors auf den D. Z. u. Halle-Weipzig bei Gröbers verhandelt. Das Gericht verurteilte den 24-jährigen Kommunisten Paul Jakob, gebürtig aus Madewell, zum Tode, zu 12 1/2 Jahren Zuchthaus, dauerndem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und 500 Mark Gel. Strafe.

Ferner wird aus Torgau berichtet, daß das dortige Sondergericht 18 Kommunisten, die am 27. März die dortigen Kasernen zu stürmen (!) und die Eisbrücke in die Luft zu sprengen versucht hatten, zu Zuchthausstrafen von 5 bis 6 Jahren und zu fünfjährigem Ehrverlust verurteilt hat. Dieses Urteil und noch mehr das gegen den Kommunisten Paul Jakob bestätigte, daß die vom Reichspräsidenten eingesetzten außerordentlichen Gerichte, wie wir vorausgesetzt haben, zum Werkzeug einer Blutjustiz geworden sind. Der Ruf eines Teils der bürgerlichen Presse nach einer Revision gegen die Arbeiterklasse wird von den außerordentlichen Gerichten treulich befolgt. Alle Versuche von rechtssozialistischer Seite, die Empörung über die Sondergerichte durch die Forderung nach Milderung ihrer schlimmsten Auswüchse zu beschwichtigen, sind nichts weiter als Schaumflügelerei. Hier gibt es nur eins: entweder rücksichtslosen Kampf gegen die Sondergerichte oder Billigung eines Verfahrens, das sich als schärfste Waffe der Reaktion gegen die Arbeiterklasse herausstellt.

Bei aller Mißbilligung und Verurteilung der Attentate, die wir vom ersten Augenblick an ausgesprochen haben, erheben wir den schärfsten Protest gegen die Blutjustiz der Sondergerichte. Wir protestieren insbesondere gegen das in Halle gefällte Todesurteil und verlangen vom Reichspräsidenten Ebert, daß er diesem Todesurteil die Bestätigung erteilt. Dem Nachfeldzug der Bourgeoisie, die nach dem Blute der kommunistischen Arbeiter gierig, muß schon aus Gründen der einfachsten Menschlichkeit ein fester Damm entgegengekehrt werden, zumal die bürgerlichen Gerichte gegenüber den Blutschritten von rechts nicht nur außerordentliche Milde walten lassen, sondern sie überhaupt nicht erst verfolgen.

Einberufung des Reichstages

Eine Forderung der Unabhängigen Fraktion

Genosse Ledebour hat gestern an den Präsidenten des Reichstages folgenden Brief gerichtet:

Im Namen des Fraktionsvorstandes der U. S. P. D. richte ich hiermit an Sie das ergebende Ersuchen, den Reichstag sobald wie möglich zusammenzusetzen.

Der Reichstag hatte zwar vor der Vertagung den 20. April für den Wiederauftritt des Reichstages in Aussicht genommen, aber mit dem Hinweis, daß der Gang der Ereignisse eine frühere Wiederaufnahme unserer Arbeiten erforderlich machen könnte.

Zwei Gründe nötigen unserer Ansicht nach zur sofortigen Zusammenberufung des Reichstages.

Die Bildung außerordentlicher Gerichte auf Grund einer Verordnung des Reichspräsidenten bedarf scheinlicher Rückgängigmachung. Unsere Fraktion hat bereits einen Antrag auf Aufhebung dieser Verordnung gestellt. Zur Erledigung dieses Antrages müßte der Reichstag baldigst zusammenzutreten. Außerdem läßt auch die bedrohliche Wendung, die die Verhandlungen der deutschen Regierungen mit den Entenregierungen wegen der Londoner Forderungen genommen haben, das Einsetzen des Reichstages dringend geboten erscheinen.

Unser Partei erwacht nach eine besondere Verpflichtung zur Behandlung dieser Fragen im Reichstag aus Beschlüssen, die wir auf einer Konferenz in Amsterdam mit den Vertretern verwandter sozialistischer Parteien, Engländern und Franzosen, gefaßt haben. Unsere Vorschläge zur Begleichung der Differenzen zwischen Deutschland und den Westländern werden morgen publiziert werden. Wir wünschen, sie baldigst dem Reichstag zu

Deutschland und Polen

Vor einigen Tagen hatte der französische Ministerpräsident im Senat auf eine bestellte Anfrage erklärt, daß die Prüfung des Abstimmungsergebnisses in Oberschlesien in einigen Tagen erledigt sein werde. Frankreich sei nicht gewillt, das deutsche Spiel mitzumachen, sondern bestrebe auf der Durchführung des Friedensvertrages. Diese Forderung kann nur so aufgefaßt werden, daß die französische Regierung an ihrem Teil alles tun wird, um bei den Alliierten die Erfüllung der polnischen Forderungen in bezug auf Oberschlesien durchzusetzen. Wenn man der polnischen Presse glauben darf, so ist das Schicksal Oberschlesiens jetzt schon entschieden; der Spruch der Entente, so wird dort behauptet, steht schon fest, und er erfülle alle polnischen Ansprüche. Das Schicksal der polnischen Forderungen soll, so wird auf dieser Seite gesagt, an Polen fallen, und auch sonst soll die Grenze so gezogen werden, daß Polen volle Freiheit in wirtschaftlicher und verkehrstechnischer Beziehung bei der künftigen Verwertung der ober-schlesischen Bodenschätze und Industrieanlagen habe. Wenn diese Behauptung der Wahrheit entspricht, so würde die deutsche Note über Oberschlesien in Paris zu spät eintreffen; bei den deutschen Amtlichen Stellen wird allerdings versichert, daß ihnen von einer bereits vollzogenen Entscheidung der Alliierten noch nichts bekannt sei.

Es muß also leider damit gerechnet werden, daß jetzt alle Verständigungsmöglichkeiten verflüchtigt sind; man muß ferner feststellen, daß von keiner Seite ein solcher Verständigungsversuch unternommen worden ist, daß weder Deutschland noch Polen die Absicht kundgetan haben, unter Ausschaltung der alliierten Landesregierungen, durch gegenseitiges Übereinkommen, eine Lösung zu finden, die beide Teile nach Möglichkeit zufriedenstellt hätte. Die polnische Regierung stützt sich auf die Freundschaft mit Frankreich und auf den Wortlaut des Friedensvertrages. Die deutsche Regierung aber bringt nicht den Mut auf, den deutschnationalen Geist, der besonders in der ober-schlesischen Frage sehr aktiv ist, aus ihren Amtsstuben hinauszuführen. Sie wartet das Diktum von Paris ab und wird ihm höchstens einen Protest nachsenden, der an den vollzogenen Tatsachen nichts zu ändern imstande sein wird. Zurückbleiben wird eine neue Verständigung zwischen den beiden Nachbarstaaten, die die Anbahnung einer dauernden Ausöhnung wiederum verzögert.

Vor einigen Tagen wurde von einer Korrespondenz eine Mitteilung verbreitet, nach der sich in Industrie- und Gewerbekreisen eine erhebliche Misstimmung über die gegen Polen verhängte Ausfuhrsperrung bemerkbar mache. Darauf wurde offiziell erwidert, daß es eine solche Ausfuhrsperrung gegen Polen nicht gebe, schon deshalb nicht, weil sie im Widerspruch zum § 86 Absatz 2 des Friedensvertrages stehe. Auf polnischer Seite ist man allerdings anderer Meinung. Schon vor einiger Zeit hat die polnische Regierung den Alliierten eine Beschwerde überreicht, worin gleichfalls behauptet wird, Deutschland sperre seine Grenzen für die Ausfuhr nach Polen. Wie dem aber auch sei, ob Ausfuhrsperrung oder nicht, die Tatsache bleibt, daß schon seit geraumer Zeit nicht nur keine offiziellen Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Polen bestehen, daß auch einzelne Ausfuhrerlaubnisse nach Polen so gut wie gar nicht erteilt werden. Offiziell wird das aus einer Reihe von Umständen erklärt. Die Wirtschaftslage Polens sei so unsicher, daß an die Aufknüpfung geregelter Geschäftsbeziehungen vorläufig nicht zu denken sei. Dazu komme der niedrige Stand der polnischen Valuta und die Unmöglichkeit für die polnischen Käufer, vollwertige Devisen nach Deutschland zu legen. Das polnische Transportwesen sei zerrüttet, die von Deutschland für den Export nach Polen zur Verfügung gestellten Waggons seien in einer Zahl von 50 000 nicht mehr zu uns zurückgelangt. Umgekehrt sei zwar manches von Polen angeboten worden, aber bei der Lieferung seien entweder höhere Preise gefordert worden, wenn sich inzwischen in anderen Ländern günstigere Absatzmöglichkeiten ergeben hätten, oder die Waren seien in unterwertigem Zustande in Deutschland eingetroffen. Weiter wird darauf hingewiesen, daß Außenstände aus Polen nur in geringwertigen polnischen Mark hereinzubekommen seien, während polnische Guthaben in Deutschland in der verhältnismäßig hochwertigen deutschen Mark ausgezahlt werden müßten. Dazu kämen noch eine Reihe von anderen Momenten politischer Natur, wie die Schwierigkeiten im Korridor, die Bedrängung des Deutschtums in ehemaligen deutschen Gebieten Polens, die terroristischen Akte gegen deutsche Minderheiten in Oberschlesien.

Kurz und gut: von beiden Seiten werden fortgesetzt die Schwierigkeiten aufgeführt, die der Anbahnung wirtschaftlicher Beziehungen bisher im Wege gestanden haben. Wenig ist aber bisher geschehen, um neue Wege für die Zukunft zu eröffnen. Selbst die ober-schlesische Frage, ob sie nun zugunsten Deutschlands oder Polens entschieden wird, darf keinen Augenblick ein Hindernis dafür bilden. Es liegt auch im besonderen Interesse Polens, daß es Oberschlesien nicht zu einem dauernden Zankapfel zwischen sich und uns werden läßt. Was Engelbert Graf vor zwei Jahren in seinem Buch „Die Landkarte Europas gestern und morgen“ über die Zukunft Oberschlesiens ausgeführt hat, das müßte heute erst recht auch von Polen beachtet werden:

Oberschlesien ist zwar nie auf dem Weltmarkt erschienen. Dafür liegt es zu weit binnenswärts, eingekerkert im Oberlaufgebiet zweier Ströme, die hier als Großschiffahrtsweg nie entwicklungsfähig sein werden, und eingezwängt in einen politisch unversöhnlichen Gegensatz zwischen drei Staaten und drei Nationen. Die Eisenerze, auf die ober-schlesischen Hüften in der Hauptsache angewiesen waren, müßten Entfernungen von 2000 Kilometer zurücklegen, um zu den Hochofen zu gelangen, und ihre Produkte überbrücken kaum einen Umkreis von 500 Kilometer. Die ober-schlesischen Kohlenlager sind die reichsten Europas; in bezug auf Zahl und Stärke der abbaubaren Flöze übertrifft sie nicht allein die rheinisch-westfälischen, sondern sämtliche Europas. Bei einer durchschnittlichen jährlichen Förderung von 50 Millionen Tonnen (die bisher noch nicht erreicht worden ist) würde der bis in eine Tiefe von 2000 Meter vorhandene Kohlenvorrat noch etwa 2000 Jahre vorhalten. Und doch geht das Verkaufsgebiet nicht über Berlin hinaus, und selbst oberwärts gelangen nur geringe Mengen bis Stettin. Polen angeschlossen, würde die Lage des ober-schlesischen Industriebezirks selbst bei schroffer Einstellung auf eine polnische Kulturlandschaft ebenso exponiert wie jetzt und ökonomisch noch ungünstiger sein. Jedenfalls ist ihm kein natürlicher Versorgungsraum, der das Gebiet von Warschau bis Wien und von Berlin bis ins ungarische Ergegebirge umfaßt, durch den Frieden von Versailles vorläufig verwehrt.

Diese von Graf geschilderten Verhältnisse werden in der Denkschrift, die die deutsche Regierung ihrer Note über Oberschlesien beigelegt hat, ähnlich dargelegt. Ob es richtig war, auch bei dieser Gelegenheit den bolschewistischen Lappen zu schwingen — es wird behauptet, beim Anfall Oberschlesiens an Polen sei „die Bolschewisierung der

beiden Industriezentrierte unvermeidlich“ —, erscheint uns sehr zweifelhaft.

Es ist bisher schon außerordentlich viel veräußert worden, was das wirtschaftliche und politische Verhältnis zwischen Deutschland und Polen hätte bessern können. Es ist nunmehr höchste Zeit, mit dem Vergangenen Schluss zu machen. Wenn Polen nicht im vollen Einvernehmen mit der deutschen Industrie und Technik seine Wirtschaft aufbauen kann, so ist es gezwungen, dem Ententekapital unbeschränkte Ausdehnungsmöglichkeiten im Lande zu eröffnen. Auf absehbare Zeit hinaus wäre dann die polnische Wirtschaft vollkommen in der Hand des ausländischen Kapitals. Auf der anderen Seite kann Polen für Deutschland zum Vorgebiet für den ganzen europäischen Osten werden, da kein anderes Industriegebiet der Welt dem Aufbau der russischen Wirtschaft so günstige Gelegenheiten gibt, wie Deutschland — vorausgesetzt, daß die polnische Barriere fällt.

Zusammenfassend muß also immer aufs neue betont werden: es gibt keinen anderen Ausweg aus dem Mißverhältnis zwischen Deutschland und Polen, als daß über alle strittigen Fragen so schnell wie möglich eine Verständigung herbeigeführt wird. Zu diesen Fragen gehört aber auch Oberschlesien. Empfindsamkeit und die Erinnerung an vergangene Tage dürfen dabei keine Rolle spielen. Insbesondere Deutschland sollte endlich damit beginnen, seine Außenpolitik nicht nach den Schablonen zu orientieren, die uns von den nationalistischen Bankrotteuren immer aufs neue vorgelegt werden, sondern allein nach wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten. Und diese verweisen uns auf eine schnelle Verständigung mit Polen, auf die Schaffung dauernder friedlicher Verbindungen mit dem ganzen Osten.

Eine neue Polizeinote

Die Interalliierte Kommission hat dem Auswärtigen Amt eine neue Note über die deutsche Polizei zugehen lassen. Es wird darin behauptet, die Polizei trage noch immer den Charakter einer beweglichen militärischen Streitmacht. Die Deutschland zugestandenen 150 000 Mann dürften außerdem nicht nur die uniformierte sogenannte grüne Polizei umfassen, in dieser Stärke sei vielmehr auch die in Zivil stehende Kriminal- und Verwaltungspolizei einzuzählen. Das Auswärtige Amt hat darauf erwidert, daß gerade die letzten Ereignisse die Notwendigkeit einer beweglichen Polizei gezeigt hätten. Außerdem lägen schriftliche Äußerungen der Kontrollkommission darüber vor, daß die Deutschland zugestandene Polizeimacht von 150 000 Mann nur die uniformierten Kräfte umfasse. Die Note schließt:

„Es kann bei dieser Gelegenheit nicht unerwähnt bleiben, daß die Entscheidungen der Kontrollkommission über die Bewaffnung der Polizei mit den Erklärungen der Note von Boulogne unvereinbar sind. Dort haben die Alliierten ausdrücklich die Notwendigkeit anerkannt, der deutschen Regierung zur Aufrechterhaltung der Ruhe im Innern ausreichende Kräfte zu belassen. Die Ereignisse in Mitteldeutschland haben von neuem gezeigt, daß die Polizei mit der zugelassenen Bewaffnung den Aufgaben nicht gewachsen ist, die an sie herangetragen können. Sie hat es immer wieder mit zahlenmäßig überlegenen und weit härter bewaffneten Gegnern zu tun. Trotz aller Anstrengungen ist für absehbare Zeit nicht damit zu rechnen, daß es gelingt, aller im Lande verborgenen Waffenschätze habhaft zu werden und jedes versteckte Gewehr zu entdecken; überdies werden verbrecherische Elemente sich immer wieder auf irgendeine Weise in den Besitz neuer Waffen zu setzen wissen.“

Durch diese Note wird das Zustand wieder einmal über die tatsächlichen Vorgänge in Mitteldeutschland irreführend geführt, genau so, wie man die Vorgänge während des Kapp-Putsch dazu benutzt hat, die Notwendigkeit der Einwohnerwehren und des 200 000-Mann-Heeres zu begründen. Es wird behauptet, daß die Polizei in Mitteldeutschland mit zahlenmäßig überlegenen und weit stärker bewaffneten Gegnern zu tun gehabt hätte. Das ist un-wahr und ergibt sich schon aus der Tatsache der überaus schnellen Beilegung der putschistischen Ereignisse. Es muß außerdem darauf hingewiesen werden, daß die Sicherheitspolizei an Verlusten 33 Tote und 57 Verwundete zu verzeichnen hatte. Die Arbeiter hingegen hatten allein im Leunawerk weit härtere Verluste. Hinzu kommen noch die Verluste aus den übrigen Kampfgebieten, über die bis zur Stunde keine genauen Angaben vorliegen. Nach den Einzelmeldungen kann aber bestimmt damit gerechnet werden, daß sie mindestens zehnmal so hoch sind als die Verluste der Sicherheitspolizei. Daraus ergibt sich die Tatsache der weit schwächeren Bewaffnung der Arbeiter. Wären diese stärker bewaffnet gewesen als die Polizei, dann wäre der Putsch erstens nicht so schnell beigelegt worden, zweitens hätten die Verluste der Sicherheitspolizei größer sein müssen als die Verluste der Arbeiter.

Die deutsche Regierung betreibt also mit ihrer Note ein ganz durchsichtiges Manöver. Sie will aus den bedauerlichen Vorgängen in Mitteldeutschland politischen Gewinn ziehen, Gewinn für die Reaktion. Dieses durchsichtige Manöver wird durch die Tatsachen so gut durchkreuzt, daß es sich kaum lohnt, noch mehr Beweise gegen die irreführenden Behauptungen der Regierung anzuführen. Bei dieser Gelegenheit möchten wir die Regierung dringend ersuchen, endlich die Verlustziffern der Arbeiter zu veröffentlichen. Sie werden sicher aus irgendwelchen dunklen Absichten heraus geheimgehalten.

Die Reichswehr braucht Gasmasken!

Die Interalliierte Militärkommission hat der deutschen Regierung den Beschluß der Völkerbund-Konferenz zur Kenntnis gebracht, wonach der Gebrauch von Gaswaffen für das deutsche Heer untersagt ist. Das Auswärtige Amt hat in einer Note vom 7. April darauf geantwortet, der Vertrag von Versailles biete keine Handhabe, dem deutschen Heer die Verwendung von Gaswaffen zu verbieten. Außerdem sehe die deutsche Regierung nicht ein, aus welchen Gründen es Deutschland unmöglich gemacht werden solle, seine Truppen mit Vorrichtungen zu versehen, die lediglich dazu bestimmt wären, sie gegen Angriffe mit einem besonders gefährlichen Kampfmittel zu schützen. Erst wenn die Absicht des Friedensvertrages, den Gebrauch giftiger Gase zu verhindern, verwirklicht wäre, würde für Deutschland die Notwendigkeit entfallen, seine Truppen mit Gasabwehrvorrichtungen zu versehen.

Die deutsche Regierung scheint also den lächerlichen Gedanken zu erwidern, mit der Reichswehr noch einmal Krieg spielen zu können. Nun sehen ja selbst die militärischen Fachmänner ein, daß dies eine völlig aussichtslose Hoffnung ist. Warum also der ganze Plunder des Gaswaffenarsenals? Er verurteilt dem deutschen Reich nur überflüssige Kosten, was um so schwerer ins Gewicht fällt, als die Reichswehr schon ohnehin mit ähnlichen Spielereien belastet ist, die den Kostenaufwand ganz überaus erhöhen. Die Vorgänge in Mitteldeutschland haben überdies gezeigt, daß die Reichswehr auch innenpolitisch, und zwar gerade vom

Standpunkt der heutigen bürgerlich-demokratischen Regierung aus, völlig überflüssig ist. Sobald die Reichswehr in die Kämpfe eingreift, vergrößert sich nur das Unheil. Man sollte deshalb diese kostspielige Einrichtung endlich ganz beseitigen!

Noch kein Ministerpräsident

Von unterrichteter Seite erfahren die B. V. N.: Da auf der einen Seite die Sozialdemokraten daran festhalten, mit der Deutschen Volkspartei nicht mehr zu verhandeln, auf der anderen Seite aber Demokraten und Zentrum auf ihrem Standpunkt beharren, die Deutsche Volkspartei in die Regierungsbildung einzuschließen, sind alle Versuche der Regierungsbildung bisher völlig gescheitert. Es besteht noch eine geringe Möglichkeit, daß morgen die drei Koalitionsparteien einen Ministerpräsidenten aus den Reihen des Zentrums wählen und es ihm überlassen, zu versuchen, ein Kabinett zustande zu bringen. Morgen um 11 Uhr wollen sich die Koalitionsparteien noch einmal zu einer letzten Aussprache über die Frage der Regierungsbildung zusammenfinden und über die Wahl des Ministerpräsidenten, die auf 11 Uhr festgesetzt ist, beraten.

10 000 Bolschewisten für Pommern

Von gut unterrichteter Seite wird uns mitgeteilt: Der Bund der Landwirte, der sich jetzt Reichslandbund nennt, ist, wie man weiß, ein lauter Krieger im Streit gegen alles, was nach Kommunismus, Bolschewismus usw. schmeckt. Aber wo das Geldinteresse anfängt, hört selbst bei diesen gut deutschnationalen Seelen die Furcht vor „roten Armeen“ auf. Der Reichslandbund hat kürzlich vom Reichsarbeitsministerium die Stellung von 10 000 Russen als landwirtschaftliche Arbeiter für Pommern verlangt. Diese Russen sind Soldaten der roten Armeen, die im russisch-polnischen Kriege auf deutsches Gebiet übertraten und hier interniert sind, also waschechte Bolschewisten. So heftig sonst die Agrarier vom Landbund gegen die „Roiens“ aufzutreten pflegen, sind die internierten Bolschewisten ihnen doch jetzt als landwirtschaftliche Arbeiter willkommen, aus dem einfachen Grunde, weil sie billig sind und weil die Junker mit diesen billigen Arbeitskräften die Lohnansprüche der deutschen Arbeiter niederkämpfen können.

Dieses Vorgehen ist um so verwerflicher, als nicht nur kein Mangel an einheimischen Arbeitskräften herrscht, sondern im Gegenteil auch auf dem Lande eine mehr und mehr sich verführende Arbeitslosigkeit sich geltend macht. Statt für die deutschen Arbeiter zu sorgen, rufen die Agrarier nach Russen, und wenn ihr Verlangen erfüllt wird — was man eigentlich für ausgeschlossen halten sollte —, so würde die Arbeitslosigkeit noch weiter um sich greifen. Nebenbei hoffen die Herren vom Landbund wohl auch, mit diesen russischen Hilfsstruppen den Tarifverhandlungen mit den Landarbeitern ein Bein stellen zu können.

Eigentümlich mutet es endlich auch an, daß gerade die Kreise, die die Einwohnerwehren, Ortschaft und ähnliche Einrichtungen als Schutz für ihre Güter gegen bolschewistische Unruhen nicht entbehren zu können glauben, nun die Bolschewisten selbst ins Land rufen wollen!

Berufungserscheinungen

Ein schweres Verhängnis für die Partei und die Revolution

Die gestrige Abendausgabe der „Roten Fahne“ bringt unter der Rubrik „Groß-Berlin“ folgenden Bericht: Die gestrige Konferenz der Berliner Junge Komüne unserer Partei war außerordentlich gut besucht. Genosse Friesland sprach über die Lehren des Genossenschafts. Er sprach kurz die bisherige Entwicklung der Partei, besonders bis Halle, und schloß ab dann eingehend die inner- und außenpolitische Situation, aus der die hinter uns liegende Aktion entspringt. Ohne die gemachten Fehler kritisieren zu wollen, sagte Genosse Friesland, müsse man sich im Prinzip auf den Boden der Aktion stellen. Die Aktion war notwendig im Interesse der Revolution und der Partei.

Genosse Paul Lewi hielt das Referat. Er lehnte die Aktion als ein schweres Verhängnis nicht nur für die Partei, sondern auch für die Revolution ab. Die Partei habe durch diese Aktion das Gesundheits des Marxismus, das es keine Befreiung von den Interessen des Gesamtproletariats getrennten Prinzipien des Kommunismus gebe, verlegt.

Wegen der vorgerückten Zeit wurde die Diskussion vertagt. Genosse Eberlein gab noch einen kurzen Bericht über Mitteldeutschland.

Schon die Stelle, an der dieser Bericht veröffentlicht wird, zeigt an, wie sehr das Blatt das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen hat. Es ist sonst nicht üblich, daß man die Parteigenossen über den Verlauf der wichtigsten Versammlung, die es in einer solchen Situation nur geben kann, an so verstreuter Stelle und mit kaum 20 Zeilen Raum unterrichtet. Im übrigen muß festgestellt werden, daß auch dieser „Bericht“ noch zersplittert ist. Es herrscht in der Versammlung eine außerordentlich erregte Stimmung gegen die Kreise um Friesland, Ruth Fischer und die „Rote Fahne“. Und nur aus diesem Grunde mußte die Versammlung vertagt werden.

Ein Hauptvogel

Rudolf Lebius hat im Januar dieses Jahres zweimal hintereinander seinen leicht empfänglichen Leserkreis aufgefordert, die führenden Männer des „Bundes Neues Vaterland“, diese „Halkanten und Verbrecher, niederzuschließen, wo sich die Gelegenheit dazu bietet“. Wegen der Aufforderung zum Mord unter Anklage gestellt, wurde er am Donnerstag vor der Strafkammer in Moabit zu 1000 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Staatsanwalt, der den Namen Hauptvogel führt, hatte sogar nur 500 Mark beantragt. Er hatte für das Verhalten des Angeklagten sehr viel Verständnis übrig und hielt im Grunde genommen keine Anklageerhebung, sondern eine Verurteilung für gerechtfertigt. Insbesondere sagte er, Lebius habe in dem guten Glauben der vermeintlichen Notwehr gehandelt. Nun ist aber tatsächlich Lebius von keiner Seite aus bedroht worden, vielmehr bedroht gerade er andauernd seine Mitmenschen oder selbst andere vor, seine Todesdrohungen auszuführen. Wenn der Staatsanwalt für dieses Vergehen Verständnis hat und wenn es das Gericht mit 1000 Mark Geldstrafe geschildert hat, so wirkt ein derartiger Urteil geradezu herausfordernd. Es werden, wenn die Aufforderung zum Mord nur mit 1000 Mark Geldstrafe belegt wird, sich in der Zukunft nicht nur derartige „Hauptvögel“ finden, sondern es werden bei „Aufforderung“ auch die Taten folgen und mehr noch: derartige Urteile rufen bei den Massen die Verurteilung hervor, sind der Erregung und Verärgerung hervor, der sich dann in Taten, wie wir sie in Mitteldeutschland erleben haben, Luft schafft. Die Justiz trägt jedenfalls die Hauptverantwortung für die Entartung des politischen Kampfes. Sie verweigert für die Entartung des politischen Kampfes. Sie verweigert niemandem mehr Respekt ein und reißt geradezu an, die Gesetze zu mißachten.

Groß-Berlin

Genosse Leid aus der „Freiheit“ ausgeschieden

Infolge seiner Wahl zum Bürgermeister im 3. Bezirksamt ist der Genosse Karl Leid aus unserer Redaktion ausgeschieden. Leid beendet damit eine fast zwanzigjährige erfolgreiche Tätigkeit an der Arbeiterpresse. Er trat Mitte Juni 1901 in die Redaktion des „Vorwärts“ ein und gehörte ihr ununterbrochen bis zu seiner gewaltsamen Entfernung durch den Parteivorstand der S. P. D. im Oktober 1910 an. Als im November 1918 die „Freiheit“ gegründet wurde, war Karl Leid der erste, der sich für die Redaktionsstätigkeit zur Verfügung stellte und unermüdet für die Ausgestaltung der „Freiheit“ wirkte. Wenn er jetzt diesen Posten verläßt, so nicht auf eigenen Wunsch, sondern weil ihn die Pflicht und das Vertrauen seiner Genossen gerufen haben. Er, der in der Berliner Kommunalpolitik groß geworden ist, erschien ihnen als der geeignete Mann, in einem rein proletarischen Bezirk als ihr Vertrauensmann zu wirken, während er viel lieber die stille, unscheinbare und nicht mit äußerlichem Ansehen verknüpfte Tätigkeit in der Redaktion beibehalten hätte. Redaktion, Verlag und Preßkommission der „Freiheit“ bedauern sein Ausscheiden aus der Redaktion und wünschen ihm in seinem neuen Wirkungskreis eine für ihn und die Arbeiterklasse erfolgreiche Tätigkeit.

Bäder und Kurorte auch für Minderbemittelte

Auf Grund einer Anregung der preussischen Landesverwaltung sollen die staatlichen, aber auch die in Gemeinde- und Privatbesitz befindlichen Bäder und Kurorte in Preußen den Sozialversicherten und der minderbemittelten Bevölkerung dienstbar gemacht werden. Die meisten preussischen Kurorte haben bereits die Kosten für Kurmittel, Arzt und Kurtage für Minderbemittelte bedeutend ermäßigt.

Um die Frage weiter praktisch zu fördern, hat im Wohlfahrtsministerium eine Verhandlung mit den Vertretern der in erster Reihe beteiligten Kreise stattgefunden. An der Besprechung nahmen teil die großen deutschen Verbände der Krankenkassen, der Berufsgenossenschaften und der Versicherungsanstalten, der deutschen Gewerkschaften, endlich der Verband der preussischen Provinzialverwaltungen und die für die staatlichen Bäder zuständigen preussischen Ministerien. Es herrschte Einmütigkeit darüber, daß die Verbände alleseitig geneigt seien, den Gedanken der sozialhygienischen Beanspruchung der Kur- und Bäderorte in Preußen zu fördern. Allerdings wurde betont, daß bei der augenblicklichen Kostlage die einzelnen Verbände nicht imstande seien, selbst und allein neue Einrichtungen (Anstalten oder Heime) in den Bädern zu errichten, daß sie sich aber gern an einer Arbeitsgemeinschaft auf diesem Gebiet beteiligen würden. Hierzu sei es erforderlich, eine Fürsorgeorganisation für den einzelnen in Betracht kommenden Kur- und Badeort zu schaffen, der die beteiligten Verbände angegliedert sind und die als Kostenträger den Betrieb übernimmt. Wo fiskalisches Gelände in den Kur- und Badeorten vorhanden ist, soll den Fürsorgeeinrichtungen der Grund und Boden kostenlos oder gegen eine geringe Anerkennungsgebühr überlassen werden. Ebenso läge in Frage, mit dem Reichsfinanzministerium wegen der Ueberlassung von bisher militärischen Gebäuden bei Truppenübungsplätzen, Flugplätzen u. a. in der Nähe von Kur- und Badeorten in Verhandlung zu treten.

In Verfolg dieser Besprechung hat jetzt der Wohlfahrtsminister den Oberpräsidenten empfohlen, die Vorbereitung und Durchführung der Angelegenheit für jede Provinz besonders oder auch je nach der Eigenart der Kurorte für mehrere Provinzen gemeinsam in Angriff zu nehmen. Mit den für die Provinz in Betracht kommenden Trägern der Reichsversicherung, den Gewerkschaften und Gemeindeverbänden soll in eine Beratung der Maßnahmen für den jeweils geeigneten Kur- und Badeort eingetreten werden.

Dieses Vorhaben ist ganz zweifellos zu begrüßen und darf der ausgiebigsten Unterstützung durch die Arbeiterorganisationen sicher sein. Jedoch muß man vom Standpunkt der Arbeiterschaft auf zweierlei hinweisen. Es heißt in der oben wiedergegebenen Besprechung, daß die einzelnen Verbände finanziell nicht in der Lage seien, aus eigener Kraft neue Kuranlagen zu schaffen. Deshalb meinen wir, daß für diesen volksgesundheitlich eminent wichtigen Zweck die Kurorte selbst mitwirken müssen, sind doch auch die

Kurorte aus öffentlichen Mitteln unterstützt worden, die jetzt ausschließlich dem vergnügungssüchtigen Badepublikum zugute kommen! Wir erinnern daran, daß erst vor kurzem das Rodebad Westerland auf Solt eine Beihilfe von mehreren Millionen (zum Wiederaufbau der durch eine Sturmflut zerstörten Bauten) vom Provinziallandtag Schleswig-Holstein bewilligt erhielt, vor allem, um das Bad nicht brach liegen und die vielen dort Beschäftigten nicht erwerbslos werden zu lassen.

Es ist aber zweifellos an der Zeit, daß diese Reserve für die Wiederherstellung der Gesundheit vor allem den Sozialversicherten und damit den Opfern der Arbeit zugute kommen. Ein zweites Moment aber muß die Sorge der Verbände der Krankenkassen dafür sein, daß bei der Auswahl nicht die Bürokratie der Kassenbeamten, wie dies so häufig ist, entscheiden darf, sondern allein das gesundheitsliche Erfordernis. Wird die Frage in diesem Sinne behandelt, dann bietet sich ein Weg, um eine der größten und im volkshygienischen Sinne schädlichsten sozialen Ungerechtigkeiten zu beseitigen: nämlich, daß die Bäder und Kurorte jetzt vorwiegend statt Aufenthalt kranker Arbeiter usw. der Tummelplatz vergnügungssüchtiger, wohlhabender Bürgerlicher sind!

Das Berliner städtische Erholungsheim Alexisbad im Harz

Seit seiner Eröffnung am 1. Februar hat das von der Stadt erworbene und vom Kommunalbeamtenverband Groß-Berlin betriebene städtische Erholungsheim in Alexisbad im Harz durch rührende Arbeit der Direktion und der Bauleitung weitere erfreuliche Fortschritte gemacht. Das im idyllischen Sektal schön gelegene Kurhaus, Logierhaus, Bäder- und Gesellschaftshaus, die als ehemalige herzoglich onhaltische Bauten aus der besten deutschen Kulturperiode stammen und in ihren ursprünglichen Bauformen seinen Baugeschmack verraten, sind durch die verständnisvolle Arbeit der Leitung gründlich erneuert worden, und an der weiteren Ausgestaltung wird gearbeitet, so daß das Bäderhaus mit den Stahl- und sonstigen Bädern am 1. Mai seiner Bestimmung übergeben werden kann.

Schon in den Osterferienagen herrschte im städtischen Erholungsheim Alexisbad, das zu besonders günstigen Bedingungen allen städtischen Arbeitnehmern offensteht, infolge des Besuchs von Mitgliedern der Stadtverwaltung und Stadtverordnetenversammlung, von Beamten, Lehrern und Lehrerinnen der Stadt Berlin ein buntes Leben, und für die vorgerücktere Frühjahr- und Sommerzeit, wo auch die herrlichen Laubwälder auf den Bergen rings um Alexisbad in vollem Grün stehen werden, wird sich hier ein reger Verkehr all dazwischen entfalten, die in der frischen Frische und Bergeluft des Harzes und auf den prächtigen Spazierwegen nach Harzgerode, Mägdesprung und dem Habichtstein und wie die Naturhöhen räumlich alle heißen, Erholung und Kräftigung suchen. Vom 1. Mai ab wird auch die Jugendordnung von Berlin nach Alexisbad, die jetzt noch ein zweimaliges Umsteigen erfordert, dadurch bedeutend verbessert werden, daß der D-Zug von Berlin bis Gertrode durchgeht, so daß nur dort noch auf die Harzleimbahn umsteigen zu werden braucht.

Die Erwerbung von Alexisbad und die Erneuerung des Unternehmens durch die Stadt und den Kommunalbeamtenverband war ein überaus glücklicher Griff, der vielen Beamten, Angestellten, Lehrern und Arbeitern der Stadt zum Wohle gereichen wird. Hoffentlich gelingt es auch den Bemühungen der leitenden Männer, ein gleichwertiges Erholungsheim an der See in den Besitz der Stadt und ihrer Arbeitnehmerschaft zu bringen.

Kommunistische Unkenntnis Die Staffeln des Schulgeldes

In der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag hatten die Kommunisten den Antrag eingebracht, daß der Unterricht an den höheren Schulen unentgeltlich ist. Aus der Ablehnung dieses Antrages durch die Unabhängigen lachten sie nun Kapital zu schlagen. Prüfen wir deshalb, welche Wirkung der kommunistische Antrag gehabt hätte. Das Schulgeld an den höheren Schulen war bisher einheitlich. Der Magistrat verlangte keine schematische Erhöhung ohne Rücksicht auf die finanziellen Verhältnisse der Eltern. Die U. S. P. lehnte diesen Antrag ab, weil sie der Meinung ist, daß der Besuch der höheren Schulen sich nach den Fähigkeiten, nicht aber nach dem Geldbeutel der Eltern richten soll, und weil bei Annahme des Magistratsantrages eine weitere Erhöhung des Besuches höherer Schulen durch Kinder unermittelter Eltern bedeutet hätte.

Was aber wäre durch die Annahme des kommunistischen Antrages eingetreten? Er wollte ohne jede Rücksicht auf die finanzielle Lage der Eltern den Unterricht an höheren Schulen völlig unentgeltlich machen, ohne aber zugleich zu beantragen, daß die

Zulassung von den Fähigkeiten der Kinder abhängig gemacht wird. Der kommunistische Antrag hätte also eine Befreiung all jener Eltern von der Schulgeldzahlung bedeutet, die durch ihre Vermögenslage sehr wohl imstande sind, Schulgeld zu zahlen. Ein solches Gesetzt an die Befreierten konnte die Unabhängige Partei nicht verantworten. Wir nehmen zwar an, daß auch die Kommunisten das nicht wollen, ihre Vertreter im Stadtparlament sind aber nun wieder so wenig mit Kenntnissen ausgestattet, daß sie nicht einmal diese naheliegende Wirkung eines so einfachen Antrages zu erkennen vermöchten. Wie bei vielen anderen Gelegenheiten, so handelten sie auch diesmal, nur von der Abicht geleitet, sich Agitationssmaterial zu verschaffen.

Die Unabhängigen hatten im Ausschuh die vom Magistrat geforderte schematische Erhöhung des Schulgeldes abgelehnt und beantragt, daß das Schulgeld nach der Leistungsfähigkeit der Eltern gestaffelt wird. So ist auch in der Stadtverordnetenversammlung gegen die Stimmen der Bürgerlichen beschlossen worden. Daraus ist die Möglichkeit gegeben, Kinder minderbemittelter Eltern vollständig von dem Schulgeld zu befreien, die besitzenden Kreise aber um so mehr bezanzulassen. Das ist eine Lösung, die allen sozialen Anforderungen entspricht und die viel besser als der kommunistische Antrag der Finanzlage der Stadt und den Interessen der Arbeiterschaft entspricht.

Mancher lern't's nie!

Die Nr. 14 der „Brandenburgischen Schulzeitung“ vom 6. April enthält folgendes Inserat:

Die vorläufig noch einlässige Lehrerstelle zu Ribbed (Westhavelland), verbunden mit Küster- und Organistendienst, ist sofort neu zu besetzen. Nur deutschsprachige Bewerber wollen Lebenslauf und Bescheinigung über innegehabte Stellen an mich einsenden.

H. v. Ribbed, Schulverbandsvorsteher.

Mancher lern't's nie, daß die Zeiten anders werden. Wir möchten einmal die Entrüstung der nationalistischen Presse sehen, wenn ein sozialistischer Schulverbandsvorsteher an die Besetzung einer Lehrerstelle die Zugehörigkeit zur U. S. P. zur Bedingung machen wollte!

Die Zukunft der Hauswirte

Das Landesarbeitsamt teilt mit: Es muß zugegeben werden, daß mancher Hauswirt kaum in der Lage ist, die Unkosten seines Hauses mit den Mieten zu decken. Noch viel schwieriger ist es für ihn, notwendige Reparaturen vornehmen zu lassen, obwohl er gern etwas machen ließe und auch gern den Zuschuß des Landesarbeitsamtes Groß-Berlin in Anspruch nehmen würde, er hat kein Geld, und so muß manches Notwendige unterbleiben.

Gibt es da kein Mittel zur Abhilfe? Die Stadt hat gleichfalls kein Geld und kann dazu auch nichts hergeben. Die Fonds der Wohnungsamter sind erschöpft. Aber es gibt einen Weg zur Abhilfe, der wäre, daß die Hypothekendarlehen das Geld dazu hergeben und die Stadt die Bürgschaft für diese hergegebenen Summen, also die Garantie übernimmt. Die Stadt könnte sich durch Eintragen einer Hypothek sicherstellen, und das Landesarbeitsamt kann seinen Zuschuß ebenfalls dazu geben.

Auf diese Art kann den Hauswirten geholfen und viel Arbeit geschaffen werden. Tausende von Häusern sind reparaturbedürftig und manche schon baufällig.

Die Sonnenfinsternis

Das nicht alltägliche Schauspiel einer Sonnenfinsternis, das sich gestern vormittag bot, war leider entgegen allen Prognostiken vom Wetter außerordentlich beeinträchtigt. Nur hin und wieder zeigte sich der immer stärker bedeckte Sonnenball, doch war von einer regelrechten Beobachtung sehr zum Leidwesen vieler Naturfreunde und namentlich der Astronomen gar keine Rede. Die Berliner Sternwarten in der Invalidenstrasse und in Treptow, sowie die Potsdamer Beobachtungsstation mühten sich ebenfalls darauf beschränken, in den kurzen Beobachtungszeiten Messungen anzustellen und photographische Aufnahmen zu machen. Während die letzte fast totale Sonnenfinsternis am 17. April 1912 eine fast ideale Beobachtung nach allen Richtungen hin möglich machte, während damals sich genaue Bestimmungen über Temperaturveränderung, Lichtabnahme, Strahlenbrechung usw. machen ließen, fehlten diesmal alle diese Erscheinungen fast vollkommen. Die dichten Kumuluswolken waren unbedeutend, und so fiel es kaum auf, daß kurz vor 10 Uhr, zur Zeit der stärksten Verfinsternis, jenes

Hundert Prozent Die Geschichte eines Patrioten

Roman von Upton Sinclair

Aus dem Manuskript übertragen von Hermann zur Mühlen Copyright by Der Welt-Verlag Berlin-Dalenzler 1921

Frau James war eine Strohvitwe, schlank und munter, mit glänzenden weißen Zähnen und rosigen Wangen; die Rosenfarbe stammte aus einer kleinen Nase, aber Peter bemerkte dies nicht. Peter hatte sich elegante Kleider anfertigen lassen und gab beim Mittagessen ziemlich viel Geld aus. Da Frau James und er mit dem Goober-Prozess nichts mehr zu tun hatten und beide nach etwas Zerstreuung verlangten, schlug Peter errösend einen Aufenthalt am Strand vor. Frau James ging sofort darauf ein.

Peter war nun schon soweit gewöhnt, daß er wußte, was ein Spiegel tun und was er nicht tun dürfe. Er reiste nicht mit seiner Strohvitwe zusammen, zahlte auch nicht für ihr Billett, kurzum tat nichts, das sie zu seiner „weißen Sklavin“ gemacht hätte. Er mietete am Strand eine behagliche Wohnung und begegnete am folgenden Tag auf der Promenade „zufällig“ seiner Strohvitwe.

Zwei Monate lebten die beiden zusammen. Für Peter war dies ein wunderbares Erlebnis, denn Frau James war eine sogenannte „Dame“; sie hatte reiche Verwandte und erzählte Peter, sie habe stets im Luxus gelebt, bis zu dem Tag, da ihr Gatte mit einer Seiltänzerin nach Paris durchging. Sie lehrte Peter alle weltlichen Künste, die man in einem Weisenheim und bei einem Verkäufer von Patentmedizinen nicht lernt. Taktvoll, ohne ihn zu verletzen, brachte sie ihm bei, wie man Messer und Gabel hält und was für Kravatten man trägt. Auch lehrte sie ihn, sich als den Begünstigten aller Sterblichen zu fühlen, jeder ihrer Küsse erfüllte ihn mit Dankbarkeit. Freilich konnte er eine derartige Gunst des Schicksals nicht umsonst bekommen; nun wußte er bereits, daß es keine „freie Liebe“ gebe. So zahlte er denn, zahlte nicht nur alle Ausgaben der ungeheuerlichen Fittierwochen, sondern kaufte auch viele kostspielige Geschenke. Die Dame war stets besonders lebhaft und zärtlich, wenn Peter ihr etwas geschenkt hatte. Peter lebte wie im Traum; das Geld schien aus seinen Taschen zu fließen, ohne daß er es anzührte.

Inzwischen ereigneten sich große Dinge, um die sich Peter und seine Strohvitwe keineswegs kümmerten. Jim Goober war zum Tode verurteilt worden, sein Freund Biddie hatte

lebenslangliches Zuchthaus erhalten. Amerika war in den Krieg eingetreten, patriotische Erregung flutete wie ein Präliefener über das Land.

Letzteres erfuhr Peter; eine Seite der Angelegenheit interessierte ihn: es hieß, der Kongress werde die Dienstpflicht einführen. Und Peter befand sich im dienstpflichtigen Alter, würde sicherlich eingezogen werden!

Keine Angst, die er je im Leben empfunden hatte, gleich dieser Furcht. Er versuchte das schauerliche Bild einer Schlacht mit Maschinengewehren, Handgranaten, Torpedos und Giftgasen, das die kleine Jennie ihm ausgemalt hatte, zu vergessen, aber jetzt, da es ihn selbst anging, wollte das Grauen nicht aus seinen Gedanken weichen. Von da ab versetzten die Fittierwochen ihren Reiz. Peter und seine Strohvitwe gingen Ausflügeln, die weit von jeder menschlichen Behausung entfernt jählings schwarze Gewitterwolken am Himmel erblickten.

Außerdem ging sein Geld zur Neige. Peter litt Qualen der Befangenheit, verschob es immer wieder. Frau James diese betrübende Tatsache mitteilen, bis er schließlich nicht mehr wußte, ob er in der Bank genug Geld habe, um die letzte Wochenrechnung zu bezahlen. Dann bekannte er es der Dame.

Er staunte darüber, auf welche reizende Art eine wohl-erzogene Strohvitwe schlechte Nachrichten aufnimmt. Anscheinend war dies nicht Frau James erster Besuch am Strand. Sie lächelte freundlich, meinte, nun werde sie es wieder mit dem Gericht versuchen. Auch gab sie Peter ihre Visitenkarte, sagte, es würde sie freuen, ihn wiederzusehen, wenn sich seine Lage verbessert habe. Sie packte ihren Koffer voll mit Peters Geschenken und reiste nach American-City — lächelnd, liebenswürdig und geschmadvoll.

31.

So stand Peter wieder einmal völlig mittellos da; doch war ihm das Schicksal gnädig. Am gleichen Tage erhielt er einen Brief, mit 2, 43 untergeschrieben; — dies bedeutete Mc. Givney —, der ihm mitteilte, er habe wichtige Arbeit für Peter, dieser solle ihn sofort aufsuchen. Peter versetzte sein lehtes Schmuckstück, nahm mit dem Geld ein Billett und traf Mc. Givney am gewohnten Ort.

Der Zweck des Zusammenreffens war rasch erklärt. Amerika war in den Krieg eingetreten, die Zeit gekommen, da man den Notizen endgültig das Maul stopfen konnte. In Kriegzeiten durfte man sich Dinge erlauben, die in Friedenszeiten nicht angingen, zu diesen Dingen gehörte es auch,

der Agitation gegen den Besitz ein Ende zu machen. Peter leckte sich die Lippen, stets hatte er Mc. Givney erklärt — dies müsse endlich getan werden, besonders hat Mc. Cormid mühe auf dem Weg geräumt werden. Die Notizen seien eine gefährliche Bande, und Mc. Cormid sei der ärgste von allen. Es sei jeden Mannes Pflicht, dabei zu helfen, und Peter wolle sich dieser Pflicht nicht entziehen.

Mc. Givney berichtete, daß die Autoritäten eine Riste aller sozialistischen Organisationen zusammenstellen und sich auf die Verhaftung der Mitglieder vorbereiten. Givney leitete die Arbeit; es war wie im Fall Goober, die großen Geschäftsleute handelten, während die Regierung sich noch den Schlaf aus den Augen wuschte. Ob Peter geneigt wäre, die Rollen in American-City auszuführen?

„Ich kan es nicht“, erwiderte Peter. „Sie haben mir mein Verhalten im Goober-Prozess überlassen.“

Das ist leicht wieder gutzumachen“, meinte der Ratten-gesichtige. „Wird Ihnen freilich ein wenig lästig sein. Sie werden für einige Tage ins Gefängnis wandern müssen.“

„Ins Gefängnis!“ rief Peter verflört. „Ja, Sie müssen verhaftet, zum Märtyrer gemacht werden. Dann werden die Leute an Ihre Ehrliebe glauben, sie wieder aufnehmen und willkommen heißen.“

Peter behagte der Gedanke, ins Gefängnis zu kommen, nicht im geringsten. Aber Mc. Givney erklärte, jetzt dürfe man nicht persönliche Gefühle berücksichtigen, das Land sei in Gefahr, die öffentliche Sicherheit müsse gewahrt werden, jeder sei verpflichtet, patriotische Opfer zu bringen. Alle Reichen zeigtenrechten Freiheitsansehen, die Armen würden ihr Leben geben, was wolle Peter Gudge geben?

„Vielleicht werde ich einberufen“, entgegnete Peter. „Nein, nicht wenn Sie diese Arbeit übernehmen. Das läßt sich machen. Ein Mann wie Sie, der besondere Fähigkeiten hat, muß uns erhalten bleiben.“ Auf diese Worte hin beschloß Peter, sofort die Arbeit anzunehmen. Es war vernünftiger, einige Tage im Gefängnis, als einige Jahre im Schlingengraben und vielleicht die Ewigkeit unter der französischen Erde zu verbringen.

Die Angelegenheit wurde rasch geregelt; Peter entließigte sich seiner eleganten Kleider, zog sich an, wie sich dies für einen Arbeiter ziemt, und begab sich in das Gaskhaus, wo Donald Gordon, der junge Quäker, zu speisen pflegte. Peter glaubte bestimmt, Donald werde einer der Hauptagitatoren gegen die Dienstpflicht sein, und er hatte sich nicht geirrt. (Fortsetzung folgt.)

Die kommunistische Putschaktion

Funktionärskonferenz der U.S.P.D.

Die Berliner Parteiführung der U. S. P. D. hatte die Groß-Berliner Parteifunktionäre zum Donnerstagabend nach den Beschlüssen des Ostens zusammenberufen, um zu dem Thema "Die innerpolitischen Vorgänge und die Lehren der kommunistischen Putschaktion" Stellung zu nehmen.

Genosse Emil Kahlold hatte das Referat zu diesem Thema übernommen. Einleitend ging Genosse Kahlold auf die Ereignisse im Januar 1919 in Berlin und auf die Münchener Räteepisode ein, die, von der geschichtlichen Perspektive aus betrachtet, auch nicht zum Maße des Proletariats ausgelassen seien, aber im Gegensatz zu der jetzt besprochenen kommunistischen "Aktion" ihre Ursachen und damit ihre Berechtigung in den tatsächlichen Verhältnissen hatten. Damals waren es die Klassen, die nach unten drängten. Aber die Aktionen blieben lokal begrenzt, trugen deshalb den Charakter des Putsches und mußten scheitern. Genosse Kahlold besprach dann den Kapp-Putsch. Hier hatte die Reaktion die Initiative ergriffen, die Republik zu beseitigen und die Gewalt Herrschaft der Reaktion zu errichten. Damals trat die Mehrheit des deutschen Proletariats einmütig zusammen, um diesen Schicksal abzuwehren. Begeistert drängten die Massen zum Generalstreik, verlangten die Proletarier nach Waffen, um dem Putsch der Reaktionskräfte mit allen Mitteln entgegenzutreten. Damals haben sich die Kommunisten nicht nur nicht beteiligt, sondern offiziell vor Kampfmaßnahmen gewarnt, da das Proletariat noch nicht reif sei.

Genosse Kahlold ging dann auf den kommunistischen Putsch ein und sagte, daß die "Aktion" planmäßig vorbereitet gewesen sei. Schon bei Spaltung der U. S. P. haben die Kommunisten erklärt, daß an dem Verlangen und Verlangen der Revolution die Führer der U. S. P. schuld seien, daß sie, die Kommunisten, wenn sie erst die Führung hätten, den Sieg des Proletariats sichern würden. Damals war die U. S. P. noch der Sammelpunkt des revolutionären Proletariats, das mit dem Machen der U. S. P. immer größeren Einfluß im politischen Tageskampf gewann. Die U. S. P. D. wurde gespalten, wodurch die Kampf- und Aktionskraft der Partei geschwächt und gelähmt worden ist. Bereits damals haben wir dem Teil unserer Genossen, die den Moskauer Parolen Glauben schenken, erklärt, daß die Kommunisten keine andere Politik treiben können als die U. S. P. D., wenn diese zum Wohle des Proletariats ausschlagen solle. Schon damals haben wir

vor den Moskauer Parolen gewarnt,

weil derartige Kampfmethoden zum Schaden des Proletariats auszuweichen müssen. Wenn die Reaktionskräfte losgeschlagen, so sind sie dem Proletariat gegenüber schon deshalb im Vorteil, weil sie nicht nur den militärischen und wirtschaftlichen Apparat zur Verfügung haben, sondern vor allem auch deshalb, weil der ganze Putschapparat in ihrem Sinne arbeitet, die reaktionären Putschisten schließt, wenn der Staatsstreich mißlingen ist. Der kommunistische Putsch konnte für die Kampfschritte der gegebenen Momente sein, durch Niedererschlagung des Putsches mit militärischen Mitteln als rettender Engel auf den Plan zu treten, die gesamte Arbeiterbewegung niederzuschlagen und jene Pläne zu verwirklichen, die ein Jahr früher an dem eigenen Willen des Proletariats gescheitert sind.

Die Arbeiter in Mitteldeutschland sind von der kommunistischen Zentrale irreführt worden wie auch das übrige deutsche Proletariat. In Aufrufen wurde ihnen vorgebetet, ganz Deutschland liege in Flammen, die Stunde der Entscheidung habe geschlagen. Überall in Deutschland sei der Vormarsch des Proletariats siegreich. Durch das Auftreten des Marx Hölz seien dann die Arbeiter

in gewalttätige Aktionen hineingetrieben worden.

Die Tatsache lasse sich leider nicht bestreiten, daß die Sipo in den beiden Schulen in Eisleben zuerst angegriffen worden ist. Kahlold schilderte dann einzelne Taten der angeblichen revolutionären "Vorhut", die nichts mit Sozialismus oder Kommunismus zu tun haben, sondern als gemeine Verbrechen gekennzeichnet werden müssen, für die aber auch die zentralen Stellen mitverantwortlich gemacht werden müssen, da sie bis heute noch nicht davon abgerückt sind. Wie als unabhängige Sozialisten haben kein Recht, diese begangenen Verbrechen zu beschönigen oder gar zu decken; wir haben vielmehr die Pflicht, mit aller Entschiedenheit davon abzurufen, und wir glauben auch diese Pflicht erfüllt zu haben.

Gegenwärtig schwächen als Folge des kommunistischen Putsches etwa 3000 Proletarier in den Gefängnissen, von den vielen Tausenden und Hunderten gar nicht zu reden. So grauenvoll diese Tatsachen an sich sind, müßte es doch ausgesprochen werden, daß gerade durch die Haltung des belohnenden Teils des Proletariats, vor allem aber auch durch die Haltung der U. S. P. D. und deren Presse, weit Schlimmeres und Furchtbarereres verhütet worden ist. Wir haben jetzt aber auch die Pflicht, den Proletariatsmassen den Glauben an den ethischen Gehalt der sozialistischen Bewegung wiederzugeben, jenen Gehalt, den die kommunistische Gewaltlehre nicht enthält. Nur wenn es uns gelingt, die verderblich bringenden Tendenzen, die in Folge der kommunistischen Taten in Mitteldeutschland zutage getreten sind, rücksichtslos aus der Arbeiterbewegung auszumerzen, werden wir in die Lage versetzt sein, den Sieg des Sozialismus zu sichern. Die Lehren des kommunistischen Putsch sind eine glänzende Rechtfertigung der Politik und Haltung der U. S. P. D. Wenn wir den einschlägigen Weg nicht verlassen, wenn wir festhalten an unseren sozialistischen Grundsätzen, dann ist zu hoffen, daß bald das gesamte Proletariat erkennen wird, daß wir die Wegbereiter des Sozialismus sind. (Beifall.)

Die Diskussion

Nach dem Vortrage Kahlolds setzte eine sehr lebhafteste Diskussion ein.

Genosse Weber kritisierte die Haltung der "Freiheit", die zu der kommunistischen Aktion zwar eine sehr verständliche Haltung eingenommen, sich in der Form aber einmal vergriffen habe.

Genosse Pfaffenkläger konnte im Auftrage der Pressekommision hierzu mitteilen, daß die Pressekommision in der letzten Sitzung sich mit der Haltung der "Freiheit" beschäftigt und die Schreibweise durchaus billigt habe.

Genosse Ritter erklärte sich mit der scharfen Ablehnung des Putsches einverstanden. Wer von der sozialistischen Erkenntnis erfüllt sei, müsse endlich wissen, daß Revolutionen nicht "gemacht" werden können, sondern die ökonomischen Vorbedingungen vorhanden sein müssen. Der Kampf, den wir zu führen haben, müsse in erster Linie in planmäßiger Aufklärungs- und Erziehungsarbeit liegen.

Genosse Hiltz kritisierte die Gewerkschaftspolitik der U. S. P. D. Er verlangte von unseren Parteigenossen in den Gewerkschaften eine aktive Politik, um zu verhindern, daß die Kommunisten planmäßig aus den Gewerkschaften ausgeschlossen werden. Dadurch würde nur Mißstimmung erzeugt.

Genosse Hiltz forderte, die U. S. P. D. verfolge eine Gewerkschaftspolitik nach den im Aktionsprogramm aufgestellten Grundsätzen. In erster Linie sollen sich die Gewerkschaften als Organe zur Verwirklichung des Sozialismus fühlen. Sie haben deshalb die Aufgabe, die Wege zur Sozialisierung zu ebnen. Bezüglich der Haltung der U. S. P. D. sowie der "Freiheit" müßte doch anerkannt werden, daß die scharfe Ablehnung des Putsches dazu beigetragen habe, daß sich der kommunistische Wahnsinn nicht auch in Berlin auswirken konnte. Zur allgemeinen politischen Situation sei zu sagen, daß zwischen der Moskauer Idee der Gewaltpolitik und der von uns vertretenen Idee der ethischen Geleite bei materielle Geschichtsauffassung liegen. Die russischen Bolschewiken haben unüberwindlichen Boden der sozialistischen Politik verlassen. Was ich bereits vor zwei Jahren vorausgesagt habe, ist eingetroffen: Bei der Lösung des ökonomischen Problems in Rußland mußten die Bolschewiken sich den ökonomischen Gesetzen fügen, sie mußten sowohl in der Agrar-

politik wie auch in dem Industrieaufbau den Kapitalisten Konzeptionen machen.

Die Aktion in Deutschland mußten die Kommunisten einleiten, weil sie nicht eingesehen wollen, daß sie im Unrecht waren, als sie in und vor Halle die Spaltung der U. S. P. D. betrieben.

Deshalb mußten die Arbeiter in die Reichsingenieurwerke der Sipo getrieben

werden, deshalb mußten Tausende ins Gefängnis wandern. Gerade die Folgen dieses Putsches zeigen uns, daß die Lehre von den revolutionären Minoritäten eine Irrlehre ist. Das hat sich aber nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern, beispielsweise in Italien, gezeigt. Dort hat jetzt der schlaue Giolitti das Parlament aufgelöst, weil er überzeugt ist, daß durch das Zerstückeln des Einheitsstaats die Zerstückelung der starken sozialistischen Partei Italiens, der Welzen der Reaktion blühe.

Wir Sozialisten müssen uns entschieden dagegen zur Wehre setzen, daß uns der wahre Gehalt des sozialistischen Sozialismus nicht zertrümmert wird, wie es die Bolschewiken getan haben. Das ist der schwerste Vorwurf, den wir den Moskauer machen. Der Sozialismus beruht nicht allein auf der ökonomischen Notwendigkeit, wie sie uns Marx bewiesen hat, sondern er verkörpert in sich zugleich das Jahrtausende alte ethische Ideal der höheren Menschheitskultur, die zu erlösen zur inneren geschichtlichen Aufgabe des Sozialismus gehört. Der kommunistische Putsch ist vorüber, die kommunistische Putschaktion ist gescheitert. Wir wollen wünschen, daß das gesamte Proletariat den Weg zum idealen Sozialismus zurückfindet, nur dann ist die Verwirklichung des Sozialismus gesichert. (Beifall.)

Genosse Eichel vertrat ganz entschieden den Standpunkt, daß unserer Partei die Pflicht erwachsen sei, gegen die kommunistische Putschaktion auszutreten, jedoch dürfe dabei der Boden der proletarischen Politik nicht verlassen werden.

Genosse Crispian ging zuerst auf die Gewerkschaftsfrage ein. Wenn wir in den Gewerkschaften die von uns im Aktionsprogramm aufgestellten Forderungen nicht verwirklichen konnten, so ist das in erster Linie den Kommunisten zuzuschreiben, die es in den Gewerkschaften nicht zu praktischer Arbeit kommen ließen. Jetzt, nachdem der kommunistische Putsch zusammengebrochen ist, werden wir wieder Zeit gewinnen, uns mehr mit der rechtssozialistischen Politik zu befassen. Der Artikel des Vorstehenden der Berliner Parteiführung der U. S. P. D., Franz Krüger, sei ein Skandal, gegen den sich alle aufrechten Sozialisten wenden müssen. Unsere Bemühungen, gegen die Ausnahmeverordnungen mit den Rechtssozialisten und den Gewerkschaften anzukämpfen, sind an der Haltung der Rechtssozialisten gescheitert. Von den Genossen der U. S. P. D. ist zu erwarten, daß sie sich in den Gewerkschaften nicht fügen, wenn die rechtssozialistischen Gewerkschaftler abstellen. Der Klassenkampf des Proletariats besteht in der Erringung von Reformen und in der Erringung der politischen Macht. Weil die U. S. P. D. diesen Standpunkt einnimmt, ist ihre Existenzberechtigung gegeben. Die Rechtssozialisten dagegen führen den Kampf nur noch um Reformen. Zum Schluß seiner Ausführungen ging Genosse Crispian besonders auf die Forderungen unseres Manifestes ein, für deren Durchsetzung wir unsere ganze Kraft einplanen müssen. (Beifall.)

Nach einem kurzen Schlußwort des Genossen Kahlold wurde die Funktionärskonferenz von dem Vorstehenden, Genossen Krause, geschlossen.

Der Magdeburger Kommunistenprozeß

Die Verkündung des Urteils

Drahmmeldung unseres Korrespondenten.

Magdeburg, 8. April.

Zu Beginn der Freitag-Vormittags-Sitzung wurde nach nachträglich Amtsgerichtsrat Feldbahn als Zeuge vernommen, der in der Voruntersuchung den Angeklagten Albert Schulz vernommen hatte. Dieser bestritt aber, einzelne Aussagen, die im Protokoll stehen, gemacht zu haben. Der Zeuge erklärt, daß das Protokoll den damaligen Aussagen entspricht.

Anmehrer erhält der Verteidiger, Rechtsanwalt Weinberg, das Wort zu seinem Plädoyer. Er führte u. a. folgendes aus: Ich beantrage aus rechtlichen und tatsächlichen Gründen die Freisprechung aller Angeklagten. Nach dem Kapp-Putsch gelang es der Justiz nicht, auch nur einen einzigen Kapp-Verbrecher zu erfassen. Unter der Führung der nach dem Putsch verfolgten Gegenerrevolutionäre bildeten sich überall die Organe, Organisations, Publikationen über die Organe-Verhinderung wurden bekannt und brachten Erregung in die Bevölkerung. Da braucht man sich nicht zu wundern, daß die Arbeiterschaft auf Abwehrmaßnahmen laun. Soll sie sich vielleicht wehrlos abschlagen lassen? So glaubte man auch in der Altmark, dem Domizil der Reaktion, dem ehemaligen Kreise des Herrn von Köcker, solche Abwehrmaßnahmen ergreifen zu müssen. Diese Abwehr ist aber nicht über die Vorbereitungen hinausgekommen. Insofern war Vorstehender der legale Organisations, und da ist es doch erklärlich, daß er im Falle eines Rechtsputsch zum Führer bestimmt war. Beim Hauptmann Pfeffer hat das Gericht dem Angeklagten die militärische Gewöhnung in Rechnung gestellt. Ich bitte, das bei den heutigen Angeklagten, die Arbeiter sind, ebenfalls zu tun. Wir ist es unerklärlich, warum der Staatsanwalt auf das Wort "Gruppen" soviel Gewicht legt. Ein normaler Mensch denkt sich doch bei diesem Ausdruck nicht unbedingt Militär. Die Aussagen der Angeklagten beweisen ja auch, daß sie die ganze Geschichte mehr humoristisch aufnahm haben. Der Staffeldienst ist zu verstehen, denn den Stenogramm hand keine Zeitung zur Verfügung, um ihre Veranstellungen rechtzeitig bekanntzugeben. Das mußte deshalb durch Kurier erfolgen. Der Staatsanwalt hat dem Reichspräsidenten Ebert einen schlechten Dienst erwiesen, daß er keine Verurteilung auf die gleiche Stufe stellte mit dem Sozialistengesetz. Ebert hat ja die Segnungen dieses Gesetzes am eigenen Leibe erfahren.

Sämtliche Angeklagte sind aus rechtlichen und tatsächlichen Gründen freizusprechen. Die Drahtzieher der Gegenerrevolution sind gewiegter als die heute angeklagten Arbeiter. Viele umgeben sich nicht mit Spiegeln wie Koth, sondern von ihrem Vorhaben erzählt die Welt nur, wenn sie losgeschlagen, wie beim Kapp-Putsch. Außerdem mache ich aufmerksam, daß selbst der Oberpräsident Harnig die ganze Sache als harmlos angesehen hat. Sollte das Gericht trotzdem zu einer Verurteilung kommen, so bitte ich, den Angeklagten die Wohlthat dieses bedingten Strafaufschubs zukommen zu lassen. Ich bitte aber, nicht den Gedanken aufkommen zu lassen, daß ich auch nur im entferntesten mit einer Verurteilung rechne. Möge das Gericht durch das Urteil zeigen, daß das außerordentliche Gericht besser ist als sein Ruf.

Anwaltlicher Jakob wendet sich wiederum noch einmal an das Gericht mit der Bitte um Freisprechung.

da er nur ein Opfer seiner Parteiführer geworden sei.

Sie hätten es unterlassen, ihn genügend aufzuklären. Die übrigen Angeklagten verurteilen zum Teil auf das Wort, zum Teil bitten sie um ihre Freisprechung, da sie sich keiner strafbaren Handlung bewußt sind.

In der Nachmittags-Sitzung wurde das Urteil verkündet. Es lautet: Gegen die Angeklagten Vater, Gruson, Graishach, Böse, Dube, Gassel, Gassler, Herpel, Karl Müller und Kuder auf Freisprechung. Jakob erbt 10 Monate Gefängnis, Weilmann, Friedrich Müller, Hoffmann und Wendt je 6 Monate Gefängnis, Bahrig, Wemmel 4 Monate Gefängnis, Schröder, Schwarz, Konstantin Müller, Gabe, Dieckhoff, Hannich, Albert Schulz und Otto Schulz je 3 Monate Gefängnis. Die durch die Unteruntersuchung als verdächtig erachtet worden: bei Jakob 2 Monate, Weilmann, Friedrich Müller, Hoffmann je 6 Wochen, bei Wendt 1 Monat. Nur die in Schußhaft befindlichen Angeklagten werden 10 Tage anzurechnen. Außerdem wurde der Haftbefehl gegen Jakob aufgehoben.

Das Berliner Ausnahmegericht in Tätigkeit

Am gestrigen Freitag trat das Ausnahmegericht für Berlin zu seiner zweiten Verhandlung zusammen. Zur Verhandlung standen abermals fünf Fälle, von denen zwei — wegen Fehlens der Zeugen — vertagt wurden. Die Angeklagten in diesen beiden Fällen wurden auf Antrag des Staatsanwalts auf freien Fuß gesetzt.

Die Verhandlung hat genau dasselbe Bild wie die erste: Der Staatsanwalt — diesmal Budeberg — stellte fest, daß der Generalstreik "unerlaubt" sei, der Vorstehende, Landgerichtsrat Braun, der den Soldatenführer Hiller so hart und rücksichtslos behandelte, war gegen die "Verbrecher", alles Flugblattverteiler und Zeitungsverkäufer, rechtlos. Seiner Ansicht nach darf man an einem Kommunisten keinen Glauben schenken. — Nach der Mittagspause wurden alle Zuhörer aus dem Saale geführt und von einem Schutzpolizisten einer Vernehmung auf Massen oder Sprengstoffe unterworfen.

Der Arbeiter Franz Fischer, der bei der Arbeiterbuchhandlung in der Annenstraße angeklagt ist, hatte in seiner Eigenschaft als Angestellter den Auftrag, 20000 Kufzwe in Bündel verpackt von der Annenstraße zu der Parteiführung, der U. S. P. D., zu bringen. Den Inhalt der Aufträge konnte er nicht. Der Staatsanwalt bewertete die Tat als einen Verstoß gegen § 110 des R.-Str.-G.-B. (Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Geleite) und beantragte drei Monate Gefängnis. Der Inhalt des Flugblattes wirkte auf die friedliche Bevölkerung verkehrend und die Aufforderung zum Generalstreik verstoße gegen die Notverordnung über Streiks in lebenswichtigen Betrieben. Der Verteidiger, Dr. W. Friedländer, wies nach, daß unter keinen Umständen eine Verletzung des § 110 vorliege. Vielmehr liege eine Verletzung der Verfassung vor, wenn die Aufforderung zum Generalstreik bestraft würde, da die Verfassung das Koalitionsrecht gewährleiste. Nach Beratung kam das Gericht zu einem Freispruch, weil der Versuch der Flugblattverbreitung nicht strafbar wäre.

Weil der Schlosser Otto Peters Zettel angeklebt hatte, die als Antwort auf die Notde in Hamburg und Mitteldeutschland den Generalstreik forderten, beantragte der Staatsanwalt, ebenfalls wegen Verletzung des § 110 mit sechs Monaten Gefängnis zu bestrafen. In der Verteidigung wies Genosse Friedländer darauf hin, daß anfänglich eines Bürgerstreiks in Hamburg das Reichsgericht entschieden habe, daß der allgemeine Streik ein gesetzlich unanfechtbares Kampfmittel sei.

Der Angeklagte erklärt, daß er auf Weisung des ihn verhaftenden Beamten alle angeklebten Zettel wieder abgerissen habe. Nach kurzer Beratung verkündet der Vorstehende das Urteil, das auf drei Monate Gefängnis lautet. Der Angeklagte habe zum Ungehorsam gegen die Geleite aufgerufen und außerdem sei die Rechtslage, wie sie dem Reichsgericht bei der Beurteilung des Bremer Bürgerstreiks vorlag, durch die Notverordnung des Reichspräsidenten "verschoben".

Freigesprochen wurde der Klempner Reinhard Witke, der am Ostermontag von einem jungen Mann am Moritzplatz Zettel mit der Aufforderung zum Generalstreik erhalten hatte. Als der Angeklagte austrat, daß er die Zettel wohl in die Tasche gesteckt habe, sie aber nicht anleihen wollte, da sie keine Unterschrift trugen, erwiderte der Vorstehende: "Das wollen Sie uns doch wohl nicht weismachen!" Ohne die Zettel aus der Tasche genommen zu haben, wurde W. verhaftet. Die Spißel arbeiten also sehr gut. Selbst der Staatsanwalt konnte nicht umhin, Freispruch zu beantragen. Das Gericht entschied demgemäß.

Abneigung gegen Steuerkontrolle

Der finanzpolitische Ausschuss des Reichsrats hat sich in den letzten Tagen verschiedentlich mit Steuerfragen beschäftigt. Eine Eingabe des Hanfabadmünchener Beschränkung der Auskunfts- und Meldepflicht bei Banken und Wiederherstellung des früheren Zustandes, wo eine Zeugnispflicht der Banken nur im ordentlichen Steuerermittlungsverfahren bestand. Als Begründung mußte die angebliche Belastung der Banken, die Beunruhigung des Wirtschaftslebens und die dadurch begünstigte Notenspekulation und Kapitalflucht ins Ausland herhalten. In Wirklichkeit leiteten den Hanfabadmünchener diese Absichten, sondern der Wunsch, eine den Besitzenden unangenehme Kontrolle ihres Einkommens und ihrer Vermögen loszuwerden. Das wurde ganz deutlich durch die Ausführungen eines Vertreters des Reichsfinanzministeriums, der darauf hinwies, daß die Finanzämter auf dieses Mittel im Interesse einer richtigen Berechnung nicht verzichten könnten. Die Kundenliste insbesondere sei das einzige Mittel, Vermögen zu entdecken, die sich der Steuerpflicht bis dahin entzogen haben, und es sei sicher, daß das teilweise auch schon erreicht worden sei. Da schließlich auch Angeklagte in der Erklärung erklärten, daß die Gründe des Hanfabadmünchener nicht zutreffen und daß es doch der Zweck der Gesetzgebung sein müsse, die Steuern so wirksam zu machen, daß nicht in weiten Kreisen die Empfindung entstehe, daß nur die "Dummen" bezahle, während die Schieber durchschlüpfen, hielt man es doch für ratsamer, über die Eingabe zur Tagesordnung überzugehen.

Dagegen wurde in der letzten Sitzung ein Antrag angenommen, der gegen die Steuerkontrolle, die Finanzämter den Reichslandrätern und städtischen Grundbesitzern für das Reichsnotopfer höher bemessen als sonstiger beim Wehrsteuerbeitrag. Wir können in diesem Antrag nichts anderes sehen als den Versuch, die gestiegenen Bodenwerte der steuerlichen Belastung zu entziehen, ein Vorgeben, das einer Willkür der Steuerhinterziehung gleichkommt.

Denselben Zielen scheint auch eine Instanz Heffersichs nachzugehen, die zwar mit Recht darauf aufmerksam macht, daß die jetzt ausgegebenen Formulare zur Einkommensteuer-Erklärung veraltet sind und die längst beschlossenen Änderungen nicht berücksichtigen, dann aber fordert, daß nur für einen Teil der Steuerpflichtigen eine angemessene Nachhilfe zur Ergänzung ihrer Steuererklärung bewilligt wird. Wir sind der Meinung, daß die Finanzämter die Verpflichtung haben, auf einem Ergänzungsbogen den Steuerpflichtigen die durch das neue Gesetz eingetretene Änderungen zur Kenntnis zu bringen. Wird aber dadurch eine Ausdehnung der Veranlagungsfrist über den 30. April hinaus notwendig, so muß sie gelten für alle Steuerpflichtigen. Gilt sie nur für einen Teil der Steuerpflichtigen, so besteht die große Gefahr, daß dieser sie zur Steuerhinterziehung benutz.

Die R.P.D. für die Sozialisierung

Die kommunistische Fraktion hat im preussischen Landtag eine große Anfrage eingereicht, in der das Staatsministerium beauftragt wird, Auskunft bei der Reichsregierung darüber einzuholen, ob und wann die Sozialisierungs-Kommision ihre seit mehr als Jahren betriebenen Vorbereitungen beenden wird? Wir können den Kommunisten verraten, daß die Arbeiten der Sozialisierungs-Kommision längst beendet sind, und daß das deutsche Proletariat in der Frage der Sozialisierung schon länger zu einem praktischen Ergebnis gelangt wäre, wenn nicht gerade die Kommunisten durch ihre wackelnden Parolen und ihre unklare Putschpolitik das Proletariat in ihrer Willkür andauernd lähmen und von jeder ernsthaften Aktionsrolle abhalten würden. Die Kommunisten haben für die Sozialisierung, wie sie von der U. S. P. D. gefordert wird, nur Hohn und Spott übrig gelassen, sie haben die Forderung als Betrug am Sozialismus gebrandmarkt. Wenn sie sich jetzt einmal für die Sozialisierung einsetzen, so ist ihnen anzuhängen das Pulver ausgegangen für ihre "großen unüberwindlichen" Aktionen.

